

Landes-  
hauptstadt Kiel



## Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel  
Bestand Protokolle der Ratsversammlung  
Signaturen P II/64 fortlaufend



STADT KIEL · DER OBERBÜRGERMEISTER

AUSSERORDENTLICHE SITZUNG  
DER STADTVERTRETUNG

am 29. und 30. März 1950 im  
Großen Saal der Pädagogischen  
Hochschule, Kiel, Diesterwegstraße

DIESE EINLADUNG GILT ALS EINLASSKARTE

# HAUSHALTSBERATUNG 1950

Mittwoch, den 29. März 1950, Beginn 9 Uhr

Donnerstag, den 30. März 1950, ab 9 Uhr

## ANSPRACHE

des Herrn Ministerpräsidenten Diekmann

## ETATREDE

Oberbürgermeister Gayk

Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses  
Stadtrat Schatz

Stellungnahme der Fraktionen

Für die SPD: Ratsherr Max Schmidt

Für die CDU: Ratsherr Dr. Lindemuth

Für die Nationale Rechte: Ratsherr Dr. Rasmuß

## AUSSPRACHE

Schlußwort des Oberbürgermeisters

# BERATUNG DER EINZELPLÄNE

## PERSONALWESEN

Berichterstatter Stadtrat Hartmann

## ORDNUNGSWESEN

Berichterstatter Stadtrat Schubert

## SCHULE UND KULTUR

Berichterstatter Stadtrat Langbehn

## SOZIALWESEN

Berichterstatter Stadtrat Kowalewsky

## GESUNDHEITSWESEN

Berichterstatter Stadtrat Dr. Hell

## BAU- UND SIEDLUNGSWESEN

Berichterstatter Stadtrat Wüstenberg

## WOHNUNGSWESEN

Berichterstatter Stadtrat Sartori

## WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Berichterstatter Stadtrat Lühje

## STÄDTISCHE BETRIEBE

Berichterstatter Stadtrat Köster

Stadt Kiel  
- Hauptamt -  
A 2K/Schm.

Kiel, den 18. März 1950

An  
alle Ratsherren

Betr.: Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1950.

Anliegend wird die Drucksache 790 - Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1950 - mit dem Haushaltsplan 1950 als Vorlage für die Sitzung der Stadtvertretung am 29./30.3.1950 vorweg übersandt, damit die Fraktionen sich schon jetzt mit ihr befassen können.

Der Oberstadtdirektor

Drucksache 790

Betrifft: Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1950.

Berichterstatter: Stadtrat Schatz.

Antrag: Folgende Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1950 wird genehmigt:

Auf Grund der §§ 83 ff. der Deutschen Gemeindeordnung in der Fassung der Verordnung Nr. 21 der Mil.Reg. vom 1. April 1946 wird folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1950 wird im ordentlichen Haushaltsplan

in den Einnahmen auf ..... DM  
in den Ausgaben auf ..... DM

und im außerordentlichen Haushaltsplan

in den Einnahmen auf ..... DM  
in den Ausgaben auf ..... DM

festgesetzt.

§ 2

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer:

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe . . . . . Hebesatz 180 v.H.
- b) für die Grundstücke - außer im  
Stadtteil Elmschenhagen - . . . . . " 300 v.H.  
im Stadtteil Elmschenhagen . . . . . " 200 v.H.

2. Gewerbesteuer:

- a) nach dem Gewerbeertrag und dem  
Gewerbekapital für gewerbesteuerpflichtige Betriebe . . . . . " 300 v.H.
- b) nach der Lohnsumme  
für gewerbesteuerpflichtige Betriebe . . . . . " 1.000 v.H.  
für Zweigstellen im Sinne des Gewerbesteuer-  
gesetzes . . . . . " 1.200 v.H.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadthauptkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000 DM festgesetzt. In diesem Höchstbetrag sind ..... DM Kassenkredite enthalten, die auf Grund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind.

§ 4

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltsplans bestimmt sind, wird auf 18.842.200 DM festgesetzt. Er soll nach dem Haushaltsplan für folgende Zwecke verwendet werden:

1. Wiederaufbau städtischer Gebäude und Einrichtungen . . . . .	4.512,600 DM
2. Ausbau und Verbesserung von Straßen . . . . .	1.342,400 DM
3. Baumaßnahmen der Stadtentwässerung . . . . .	547.200 DM
4. Baumaßnahmen in den Wohnsiedlungen außerhalb des Stadtgebiets . . . . .	680.000 DM
5. Aufschließung ehemaliger Wehrmächts- und Rüstungsliegenschaften für wirtschaftliche Zwecke . . . . .	1.400.000 DM
6. Beschaffungen . . . . .	120.000 DM
7. Grunderwerb einschl. Zubehör und Bestandteile . . . . .	1.000.000 DM
8. Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen . . . . .	460.000 DM
9. Vorfinanzierung des Wiederaufbaus des Kieler Hauptbahnhofs. . . . .	125.000 DM
10. Stadtwerke . . . . .	6.200.000 DM
11. Hafen- und Verkehrsbetriebe . . . . .	2.455.000 DM

Kiel, den März 1950

Im Auftrage des Rats der Gemeinde

Oberbürgermeister

Bürgermeister

Begründung

Als Begründung dient der Vorbericht zum Haushaltsplan.

S c h a t z  
Stadtrat

S t a d t    K i e l  
- Hauptamt -  
A 2    K/vN

Kiel, den 23. März 1950

An alle Ratsherren

Betr.: Haushaltsberatung 1950.

/  
Anliegend werden der Wirtschaftsplan der Stadtwerke  
als Anlage zum Haushaltsplan 1950 und eine Stellungnahme  
des Stadtkämmerers zur Beratung in der Sitzung der Stadt-  
vertretung am 29./30.3.50 nachgereicht.

Der Oberstadtdirektor.



Der beiliegende Erfolgsplan der Stadtwerke Kiel, der dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen ist, deckt sich nicht mit den Haushaltsansätzen

<u>81/212</u>	Zinsen für investiertes Kapitalvermögen (Eigenkapital)	1.100.000 DM
---------------	---	--------------

und

<u>81/311</u>	Konzessionsabgabe	400.000 "
---------------	-------------------	-----------

Insg.

		<u>1.500.000 DM</u>
--	--	---------------------

(vgl. Seite 144 des Haushaltsplans)

Auf Grund des Beschlusses des Hauptausschusses für die städtischen Betriebe vom 16. März 1950 ist im Erfolgsplan eine Gewinnablieferung von nur 1.323.237 DM vorgesehen. Um eine Erhöhung des Haushaltsfehlbedarfs zu vermeiden und zur Gewährleistung der von der Kämmererei beschlossenen Gesamtanlieferung von 1.500.000 DM wird vorgeschlagen, die vorgesehenen Abschreibungen auf das Anlagevermögen der Stadtwerke entsprechend herabzusetzen. Dieser Vorschlag erscheint umso unbedenklicher, als die endgültige Bewertung des Anlagevermögens nach dem DM - Bilanzgesetz, von der die Höhe der Abschreibungen abhängt, noch offen steht.

Der im Finanzplan der Stadtwerke ausgewiesene Darlehensbedarf liegt um 100.000 DM höher als im außerordentlichen Haushaltsplan veranschlagt. Dadurch ergeben sich folgende Änderungen:

<u>Haushaltsstelle</u>		<u>Neuer Ansatz</u>
<u>V 81/120</u>	An den Finanzplan der Stadtwerke	6.300.000 DM

(vgl. Seite 171 - rot - des Haushaltsplans)

Im § 4 der Haushaltssatzung erhöht sich der Gesamtbetrag der Darlehen auf 18.942.200 DM und der Darlehensbetrag unter § 4 Ziffer 10 auf 6.300.000 DM.

Kiel, den 23. März 1950.

Fraktion  
Nationale Rechte  
----

Anträge zur Haushaltsberatung 1950.

1. Alle sachlichen Ausgaben, die der Durchführung der Verwaltungsarbeit dienen, sind auf den Stand des Etats des Vorjahres herabzusetzen, soweit sie in diesem Etat höher angesetzt sind.
2. S.2 Nr.69  
Die Bewilligung eines Zuschusses für die Gesellschaft der Freunde Coventrys mit 5.000,-- DM ist zu streichen.
3. S.2 Nr.75  
Ausgaben für Repräsentation sind um 50% zu senken auf 16.000,- DM.
4. S.3 Nr.50,51  
Die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Stadträte beträgt monatlich 100,-- DM.  
Die Entschädigung für die übrigen Ratsherren, die an die Fraktionen gezahlt wird, beträgt pro Kopf 20,-- DM monatlich.
5. S.6 Nr.005  
Stadteigene Personenkraftwagen stehen einzeln abgestellt nur dem Oberbürgermeister und Bürgermeister zur Verfügung.  
Alle übrigen Wagen werden einsatzmäßig von der hierfür zuständigen Dienststelle gelenkt mit der Einschränkung, die Benutzung nur für unbedingt notwendige Dienstfahrten zu genehmigen.
6. S.10 Nr.012  
Ein Zuschuß für die Standesämter von rund 100.000,-- DM ist untragbar. Es muß durch eine entsprechende Gebührenerhöhung erreicht werden, daß der Zuschußbedarf um ein Wesentliches herabgesetzt wird. Dabei bleibt selbstverständlich für Unbemittelte die Möglichkeit des Gebührenerlasses oder der Gebührenminderung bestehen.  
Die Fraktion der Nationalen Rechten beantragt daher eine Gebührenüberprüfung beim Standesamt durch den zuständigen Ausschuß.

7. S.24 Nr.20

Das Schulwesen hat eine derartige Ausweitung erfahren, daß es nicht mehr zu verantworten ist, es durch einen einzigen Schulrat leiten zu lassen, zumal dieser Schulrat noch durch andere Aufgaben weitestgehend belastet ist.

Es wird beantragt, die Stelle eines zweiten Schulrates zu schaffen.

8. S.35/36 Nr.25,10

Die Ausgaben sind soweit zu senken, daß der Zuschuß nicht höher ist als im Jahre 1949.

9. S.49 Nr.322 Ziff.971.

Der Ansatz Ankauf von Kunstwerken usw. ist auf 3.000,-- DM herabzusetzen.

10. S.49 Nr. 330

Der für die Stadtbücherei geforderte Zuschuß in Höhe von 43.000,-- DM steht in keinem Verhältnis zu der Benutzung der Stadtbücherei.

Wir beantragen:

- a) Die Leih- und Mahngebühren um 50% zu erhöhen,
- b) die Ausgaben soweit zu senken, daß der Zuschußbedarf sich um 35% senkt.

11. S.92 Nr.550 Pos.804 u. Pos.901

- a) Der Betrag ist auf den Satz des Jahres 1949 herabzusetzen.
- b) Der Betrag ist auf 25.000,-- DM herabzusetzen.

12. S.93 Nr.56 Pos.69

Der Betrag ist auf den Satz des Vorjahres herabzusetzen.

13. S.93 Nr.570

Die Ausgaben sind um 2.000,-- DM einzuschränken. Verteilung obliegt dem Ausschuß.

Dr. Rasmuß,  
Ratsherr.

Kiel, den 27. März 1950.

Anträge zur Haushaltsberatung 1950.

14. S.103 Nr. 671

Die vorgesehenen Mittel zur Aufräumung und Beseitigung von Trümmern sind in erster Linie und bevorzugt zur Säuberung der Straßen und Bürgersteige zu verwenden.

Zweck: Sicherung des Verkehrs gegen Unfälle.

15. Die Polizei ist anzuhalten, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß bei Bauten und Reparaturarbeiten der anfallende Bauschutt usw. von den Unternehmer-Firmen sofort beseitigt und abgefahren wird.

16. S.119 ff. Nr.730 bis 733.

Die vier Anlagen Schlachthof, Viehhof, Seegrenzschlachthof und Kühl- und Gefrierhaus erfordern zusammen einen Zuschuß von über 180.000,-- DM. Es erscheint notwendig, eine größere Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen zu erzielen, um sie möglichst zuschußfrei zu machen.

Wir beantragen daher Einsetzung eines besonderen Untersuchungsausschusses zur Prüfung dieser Fragen.

17. S.128 Nr. 7502

Forsten: Die Ausgaben sind um 10.000,-- DM zu senken.

Pos. 634 ist um 10.000,-- DM zu senken, so daß annähernd der Zuschußbedarf des Vorjahres erreicht wird.

18. S.131 ff Nr. 7530 ff.

Bei sämtlichen Bädern der Stadt mit Ausnahme des Strandbades Falkenstein sind, soweit sie in diesem Etat Zuschüsse erfordern, die Etats auszugleichen. Andernfalls ist Verpachtung im Laufe des kommenden Etatsjahres anzustreben.

Hartmann,  
Stadtrat.

Drucksache 832.

SPD-Fraktion  
-----

Kiel, den 27. März 1950.

A n t r a g .  
-----

Für die Wiederbeschaffung von Schulmöbeln für 40 Schul-  
klassen sind bei der Haushaltsstelle 21/971 = 84.000,-- DM  
eingestellt worden. Mit Rücksicht auf die außerordentliche  
Dringlichkeit der Beschaffung von Schulmöbeln beantragt  
die SPD-Fraktion, Mittel für weitere 40 Klassen anzu-  
fordern.

.Es wird daher beantragt, die eingestellten Mittel um  
84.000,-- DM auf 168.000,-- DM zu erhöhen.

Schmidt,  
Fraktionsvorsitzender.  
-----

Kiel, den 28. März 1950.

CDU-Fraktion  
-----

Anträge zur Haushaltsberatung 1950.

1. Seite 2, Haushaltsstelle 0010/50.  
Die Genehmigung der hier veranschlagten persönlichen Verwaltungsausgaben umfaßt nicht die Genehmigung der Besoldung wie sie im Stellenplan, Anlage 7, für diejenigen Beamten vorgesehen wird, die nach der neuen Gemeindeordnung zu wählen sind. Insoweit bleibt besondere Festsetzung durch die Stadtvertretung vorbehalten.  
Begründung: Die Selbstverwaltung hat bisher keine Gelegenheit gehabt, die Besoldung der nach der neuen Gemeindeordnung zu wählenden Beamten festzusetzen.
2. Seite 2, Haushaltsstelle 0010/730.  
Seite 3, " 0011/730.  
Gegenseitige Deckungsfähigkeit.  
Begründung: Die für das Büro des Stadtpräsidenten vorgesehenen Reise- u. Fahrkosten, die Stadtpräsidium, Stadtvertreter und bürgerliche Mitglieder umfassen sollen, erscheinen zu gering und bedürfen unter Umständen der Auffüllung durch die entsprechende Haushaltsstelle des Hauptamtes.
3. Seite 24, Haushaltsabschnitt 20.  
Die Fraktion schließt sich dem Antrage der Fraktion der Nationalen Rechte vom 23. März 1950, Ziffer 7, an.  
Begründung: Bis zum Beginn des Krieges ist die Schulaufsicht von einem besonderen Schulrat ausgeübt worden. Die Vereinigung der Funktionen des Stadtschulrates und des Schulaufsichtsbeamten in einer Person wird dem Umfange des Schulbetriebes nicht gerecht.
4. Seite 62, Haushaltsstelle 44/69/Nachweisung I, Seite 174, Nr.62:  
Wird mit folgendem Zusatz versehen:  
davon 4.000 DM für den Kindergarten der Kirchengemeinde Holtenau.  
Begründung: In Holtenau befindet sich kein städtischer Kindergarten. Die Zuschüsse für die städtischen Kindergärten sind außerordentlich hoch (vgl. Haushaltsabschnitte 2521, 4181, 470, 4710, 4711). Alle Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege, die den Zuschuß selbst übernehmen und zur Minderung desselben lediglich eines Beitrages der Stadt bedürfen, sind daher zu fördern.
5. Seite 92, Haushaltsstelle 550/804:  
Der Betrag für Unterhaltung der Platzanlagen usw. ist um 25.000 DM zu senken.  
Begründung: Die geplante Wiederherstellung des Nordmark-Sportfeldes ist unter der Haushaltsstelle 550/901 berücksichtigt. Es erscheint daher angebracht, es bezügl. der Unterhaltung bei dem Ansatz des Haushaltsjahres 1949 zu belassen.
6. Seite 93, Haushaltsstelle 56/69/Nachw.I, Seite 176, Nr.87:  
Wird mit folgendem Zusatz versehen:

davon 6.000 DM Beihilfe für die Errichtung eines Kindertages- und Jugendheimes der Kirchengemeinde Kiel-Friedrichsort.

Begründung: Die Kirchengemeinde Kiel-Friedrichsort hat seit Sommer 1949 den Bau eines Gemeindejugendhauses in Angriff genommen. Das städtische Jugendheim in Friedrichsort reicht nicht aus, um der Jugendnot ausreichend entgegenzutreten zu können. Die lutherische Welthilfe hat für das Gemeindejugendhaus ein Darlehen von 15.000 DM bewilligt, aus weiteren Darlehen, Spenden und Opfern werden 9.000 DM aufkommen, es fehlen 6.000 DM zur Herrichtung. Angesichts der erheblichen Aufwendungen der Stadt für städt. Kindertagesheime (vgl. Ziffer 4) und Jugendheime (vgl. Haushaltsabschnitte 4712, 570) ist der Antrag der Kirchengemeinde auf Bewilligung eines Beitrages von 6.000 DM gerechtfertigt, zumal nach seiner Fertigstellung ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ausschließlich mit diakonischen und kirchlichen Mitteln unterhalten werden soll.

Dr. Lindemuth,  
Ratsherr.

SPD-Ratsherrenfraktion

Kiel, den 28. März 1950

A n t r a g

zur Haushaltsberatung 1950

Die SPD-Ratsherrenfraktion beantragt, den Titel 675/98 (Seite 107) um 80.000,- DM zu erhöhen. Entsprechend diesem Betrage ist der Titel 671 (Seite 103) zu kürzen.

B e g r ü n d u n g

Die SPD-Ratsherrenfraktion anerkennt die außergewöhnliche Leistung in der Wiederherstellung der Straßeneuchten. Mit den im Etat angeforderten Mitteln wird es aber nicht möglich sein, die Hälfte der Leuchten wiederherzustellen, die vor dem Kriege vorhanden waren. Die SPD-Ratsherrenfraktion bittet deshalb die Stadtvertretung, den Etattitel um 80.000,- DM zu erhöhen und diesen Betrag bei der Trümmerbeseitigung einzusparen.

S c h m i d t  
Ratsherr.



Drucksache 835.

SPD-Ratsherrenfraktion

Kiel, den 29. März 1950.

Antrag zur Haushaltsberatung 1950.

Die SPD-Ratsherrenfraktion beantragt, den Titel 4180/901 (Seite 59) um DM 100.000,-- zu erhöhen.

Begründung:

Im Jahre 1950 muß möglichst das Ziel erreicht werden, zumindest jeder Familie in den Lagern einen eigenen Wohnraum zu geben. Da die angesetzten DM 200.000,-- hierfür nicht ausreichen, bittet die SPD-Ratsherrenfraktion, den Etattitel um DM 100.000,-- zu erhöhen.

Zur Deckung schlagen wir vor, in der Einnahme unter Position 170 (Seite 58) einen Mehrbetrag von DM 85.000,-- anzusetzen, da mit einem Zuschuß von 85% vom Bund bzw. Land zu rechnen ist.

Schmidt,  
Ratsherr.

A n t r a g

zur Etatberatung anlässlich des Etats des Wohnungsamtes.

Ich beantrage, die Stadtvertretung wolle beschließen, an die Landesregierung heranzutreten mit dem Ersuchen, daß sofort die Verordnung über Zuzugsregelung des Landesministers für Umsiedlung und Aufbau vom 4. November 1947 aufgehoben wird.

Begründung:

Nachdem in diesen Tagen die Stadtgemeinden Frankfurt und Essen und im Mai 1949 bereits die Stadt Offenbach/Main die Bestimmungen über die Zuzugsgenehmigung aufgehoben haben, haben wir keine Veranlassung mehr, die Verordnung über die Zuzugsregelung bestehen zu lassen. Die Aufhebung der Zuzugsgenehmigung bedeutet nicht etwa auch Aufhebung der Wohnraumlenkung an sich. Es soll nur endlich einmal dem Bürger Gelegenheit gegeben werden, der als Ausgebombter irgendwo schlecht im Lande Schleswig-Holstein oder außerhalb des Landes untergebracht ist, wieder nach Kiel zurückkehren zu können, wenn er sich hier selber eine Möglichkeit schafft bzw. wenn er die Möglichkeit hat, hier ohne Inanspruchnahme des Wohnungsamtes wieder unterzukommen.

Durch das Bundesgesetz ist jedem Bundesangehörigen freigestellt, sich seinen Arbeitsplatz selbst zu wählen, also kann jeder Arbeiter, der in Kiel Arbeit findet, diese auch annehmen. Der Zuzug kann ihm kaum noch verwehrt werden. Menschen den Zuzug zu verwehren, schafft Verbitterung und keine Liebe zur Demokratie. Die Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft bedürfen bekanntlich keiner Zuzugsgenehmigung für ihre Heimatstadt. Ebenso selbstverständlich ist, daß die evakuierten Kieler Bürger das Recht bekommen, ohne Zuzugsgenehmigung wieder nach Kiel zu ziehen.

H a r t m a n n .

Stadtrat Hartmann.  
-----

Kiel, den 29. März 1950.

Abänderungsantrag  
betr. Zuzugsgenehmigung.  
-----

Ich beantrage, die Stadtvertretung wolle beschließen, an die Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sich in Bonn sofort dafür einzusetzen, daß alle Verordnungen, die den Zuzug regeln, aufgehoben werden bzw. daß angekündigte Erleichterungsverordnungen schnellstens verkündet werden.

Begründung:

Bleibt die gleiche.

H a r t m a n n .

SPD-Fraktion  
-----

Kiel, den 29. März 1950.

A n t r a g

bezw. Abänderung des Antrages der Nationalen Rechten.

-----

Der Ansatz Ankauf von Kunstwerken ist von 7.000,-- M  
auf 10.000,-- M zu erhöhen.

Der Fraktionsvorstand.

Etattitel 322/971.

# N i e d e r s c h r i f t

über die außerordentliche Sitzung der Stadtvertretung  
am 29. März 1950  
im Festsaal der Pädagogischen Hochschule,  
Diesterwegstraße.

## Haushaltsberatung 1950

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister G a y k  
Bürgermeister Dr. J e s c h k e

Stadträte: Hartmann, Dr. Hell, Kowalewsky, Lüthje,  
Köster, Sartori, Langbehn, Schatz,  
Schubert, Wüstenberg

Ratsherren: Book, Frau Brauer, Breitenstein, Fischer  
Graber, Frau Hinz, v. Köller, Frau Kühl,  
Kletscher, Kuhn, Dr. Lindemuth, Lüdemann,  
Lütgens, Marth, Müller, Nolte, Pfeffer,  
Schmidt, Schmuck, Frau Schröder, Knörzer,  
Sievers, Stade, Thaddey, Thiede, Wegener,  
Willumeit, Dr. Rasmuss, Sager, Frau Dr.  
Portofée

Es fehlen entschuldigt:  
Ratsherren Henningsen, Köchling

Die Stadtverwaltung ist vertreten durch:  
Oberstadtdirektor Lehmkuhl, Stadtdirektor  
Fischer, Stadtkämmerer Dr. Fuchs, Stadt-  
baudirektor Jensen, Stadtschulrätin Jensen,  
Oberverwaltungsrate Böttcher, Koeppen,  
Puls, Mandelkow, Verwaltungsrat Borchert

Als Vertreter der Landesregierung:  
Ministerpräsident Diekmann, Landesminister  
des Innern Käber, Landesdirektor Dr.  
Lauritzen, Landesdirektor Wartemann

Von der Militärregierung ist anwesend:  
British Resident Thompson

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. J e s c h k e  
Schriftführer: Stadtinspektor K n u t h

## T a g e s o r d n u n g

Ansprache des Herrn Ministerpräsidenten Diekmann  
Etatrede des Oberbürgermeisters Gayk  
Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses Stadtrat Schatz

Stellungnahme der Fraktionen:

Für die SPD: Ratsherr Max Schmidt

Für die CDU: Ratsherr Dr. Lindemuth

Für die Nationale Rechte: Ratsherr Dr. Rasmuß

Schlußwort des Oberbürgermeisters

Beratung der Einzelpläne:

Personalwesen

Berichterstatter Stadtrat Hartmann

Ordnungswesen

Berichterstatter Stadtrat Schubert

Schule und Kultur

Berichterstatter Stadtrat Langbehn

Sozialwesen

Berichterstatter Stadtrat Kowalewsky

Gesundheitswesen

Berichterstatter Stadtrat Dr. Hell

Bau- und Siedlungswesen

Berichterstatter Stadtrat Wüstenberg

Wohnungswesen

Berichterstatter Stadtrat Sartori

Wirtschaft und Verkehr

Berichterstatter Stadtrat Lühje

Städtische Betriebe

Berichterstatter Stadtrat Köster

- - -

B ü r g e r m e i s t e r begrüßt die Anwesenden, unter denen sich Vertreter der Landesregierung und Militärregierung befinden.

Ministerpräsident Diekmann führt aus, daß die Landesregierung diesen Tag benutzt, um ihre enge Verbundenheit zur Stadt Kiel zu bekunden. Die Beratung und Beschlußfassung des Haushaltsplanes ist die wichtigste Aufgabe der Selbstverwaltung. Die Landesregierung ist an der Beratung besonders interessiert, weil Kiel Landeshauptstadt und die vom Krieg am schwersten betroffene Stadt ist. Wenn auf das Jahr 1945 zurückblickt wird, muß anerkennend festgestellt werden, daß viel geschehen ist. Viel ist geschafft, aber noch mehr ist zu tun. Die Schaffung einer Lebensgrundlage für 250.000 Einwohner erfordert eine ungeheure Fülle von Arbeit. Kiel hat durch den Fortfall seiner wirtschaftlichen Basis erheblich an Steuerkraft eingebüßt. Es kann seine Aufgaben nicht aus eigener Kraft schaffen und daher wird die Landesregierung bei der Aufbauarbeit auch in Zukunft helfen. Besondere Hilfe ist nötig für den Wohnungsbau, den Schulbau und die Kriegsschädenbeseitigung an öffentlichen Einrichtungen. Auch das Land kann die Mittel nicht ohne Schwierigkeiten aufbringen. Die Stadt Kiel muß sich daher der Verpflichtung bewußt sein, die Mittel so rationell wie möglich zu ver-

wenden. Der vorliegende Haushaltsplan ist mit 72,5 Mill. DM formell ausgeglichen, wobei ein Bedarfszuschuß des Landes von 2,5 Mill. DM veranschlagt worden ist. Die Schlüsselzuweisungen werden sich in der von der Stadt Kiel eingesetzten Höhe halten. Im kommenden Jahr wird die Ansiedlung von Industrien auf dem Ostufer für den Wirtschaftsaufbau entscheidend sein. Eine sinnvolle Ausnutzung des Ostufers ist nicht nur Landes- sondern auch Bundesaufgabe. Die Landesregierung wird die Bemühungen Kiels mit aller Kraft unterstützen. Dann wird Kiel auch im neuen Haushaltsjahr sichtbare Schritte zum Wiederaufbau und zur Neubelebung der Wirtschaft vorankommen.

B ü r g e r m e i s t e r dankt der Landesregierung für ihre Hilfe und erklärt, daß Kiel keine bevorzugte Behandlung, sondern nur Verständnis für die besondere Lage, die durch den Krieg entstanden ist, braucht. Es ist erfreulich, daß die Landesregierung der Stadt Kiel seit 1945 immer Verständnis entgegengebracht hat.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r führt aus, daß die Fraktionen dieses Hauses überein gekommen sind, sich bei der diesjährigen Haushaltsberatung streng an den Grundsatz zu halten, der im Text des Glöckenspiels des Kieler Rathausturmes enthalten ist:

De Klock, de sleith,  
de Tid, de geith,  
nich soviel quark,  
fix ran an't Wark.

Sie haben erwogen, auf eine Stellungnahme der Fraktionen zu der Etatrede des Oberbürgermeisters zu verzichten, falls über das, was gesagt wurde, grundsätzlich Einvernehmen besteht. Die Möglichkeit eines begründeten Widerspruchs soll und muß selbstverständlich jeder Fraktion offengehalten werden. Die Fraktionen möchten nur die Gefahr endloser Wiederholung vermeiden.

Wenn wir uns fragen, wie es heute um Kiel bestellt ist, dann brauchen wir nur einen Blick in den Haushaltsplan zu werfen. Danach wendet die Stadt im Jahre 1950 auf:

für öffentliche Fürsorge		
Jugendhilfe und Gesundheitswesen	7,8 Millionen	
für den Schulbetrieb		
für Schulbauten und andere kulturelle Aufgaben	9,750 "	
für Wohnungsbau, Städtebau und Siedlungswesen	4,600 "	
für öffentliche Einrichtungen		
wirtschaftliche Unternehmen für Wirtschaftsförderung	13 "	
für allgemeine Verwaltung		
Verwaltung	2,9 "	
d.h. eine halbe Million weniger als im Vorjahr		
und		
für die Polizei	1,2 "	

Die großen Summen, die als Landesdarlehen oder Hypotheken in den Wohnungsbau und in die Kieler Wirtschaft gesteckt werden, sind dabei nicht berücksichtigt.

Hinter diesen groben Zahlen des Gesamtplanes verbirgt sich die harte Wirklichkeit, verbergen sich Freud und Leid, Hoffnungen und Enttäuschungen der Bevölkerung einer ganzen Stadt. Der düstere

Hintergrund, vor dem wir unsere schwere Arbeit verrichten, tritt mit diesen wenigen Zahlen offen zutage. Die Not unserer Alten, Kranken und Schwachen, die Not unserer Jugend, die Schulnot, die Flüchtlingsnot, die entsetzliche Wohnungsnot und nicht zuletzt die Wirtschaftsnot unserer Stadt.

24 % aller Bürger leben von Fürsorgeunterstützung, Renten und ähnlichen bescheidenen Einkommen. 18,4 % aller Bürger leben von Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorge-Unterstützung. Krieg und Währungsreform haben Zehntausende in den Abgrund des Elends gestoßen, am tiefsten zweifellos jene, die Wohnung und Arbeit oder gar noch die Heimat verloren haben. Die Tränen aller derjenigen, die den Verlust ihrer Angehörigen beklagen, oder deren Angehörige noch 5 Jahre nach dem Kriege von Siegermächten zurückgehalten werden, können leider nicht getrocknet werden. Es konnte nur eine Erinnerungsstätte für jene geschaffen werden, die nicht einmal ein Grab haben, um den Tod ihrer Angehörigen zu beweinen. Die Kraft des Geistes und der Herzen mußte auf die Beseitigung des Nachkriegselends gerichtet sein. Soziale Fürsorge, Wohnungen, Schulen und Arbeit, das sind die Pole, um die das Denken der Bürger der Stadt heute kreist.

Die Versorgung der Hilfsbedürftigen erfolgt nach den Richtlinien der Länder. Das soziale Hilfsprogramm Schleswig-Holsteins ist das umfassendste und geschlossenste Hilfsprogramm, das in einem deutschen Lande verwirklicht wurde. Mehr als 150 Mill. DM sind im Jahre 1949 in Schleswig-Holstein dafür aufgewendet worden. Die Fürsorgeunterstützung wurde um 20 % erhöht. Den Minderbemittelten wurden Mietzuschüsse, Brennstoff- und Wirtschaftsbeihilfen gewährt. Die Beihilfen für Heimkehrer wurden verdoppelt. Allen Heimkehrern wurde ohne Rücksicht auf Fristen die volle Arbeitslosenunterstützung gewährt. Die Frauen der Kriegsgefangenen wurden den Frauen der Verschollenen gleichgestellt und ihre Bezüge dadurch wesentlich verbessert. Für die Sicherung der geschlossenen Fürsorge in Alters-, Pflege- und Kinderheimen wurden 40 Mill. DM aufgewendet. Zehntausende Kieler Bürger sind in den letzten Jahren mit Hilfe des Landes vor der Verelendung bewahrt worden. Die Kinder berufstätiger Mütter wurden durch die Errichtung von Kinderheimen und Horten vor Verwahrlosung geschützt.

Die größte Sorge gilt heute noch dem Schutz der schulentlassenen Jugend vor den Gefahren eines sinnlosen arbeitslosen Lebens. Wieder einmal, wie in den Jahren der großen Arbeitslosigkeit, sind Tausende junger Menschen in Schleswig-Holstein nicht existenzberechtigt. Von 43.100 Jugendlichen, die Ostern 1950 aus der Schule entlassen werden, werden voraussichtlich 28.000 keine Arbeit finden. In einer Situation, in der es um Glück und Zukunft der eigenen Kinder geht, kann man nicht mit leeren Ausflüchten über alle Schwierigkeiten hinweghelfen. In einer solchen Situation muß nicht geredet, es muß gehandelt werden. Zur Ehre der Kieler Stadtvertretung darf gesagt werden, daß Kiel eine der ersten Städte war, die Einrichtungen gegen die Verwahrlosung der schulentlassenen Jugend geschaffen hat. Die Verhältnisse in Kiel sind deshalb günstiger als in anderen Teilen des Landes. Trotz-dem ist damit zu rechnen, daß einige hundert Schulentlassene Ostern 1950 keine Lehrstellen und keine Arbeit finden. Diesen jungen Menschen muß unter allen Umständen geholfen werden. Kein Jugendlicher darf in Kiel auf der Straße verkommen. Da diese Aufgabe die Finanzkraft einer einzelnen



Gemeinde übersteigt, sind die Maßnahmen der Stadt in das Jugendaufbauwerk des Landes eingegliedert worden. Dies Jugendaufbauwerk muß soweit ausgebaut werden, daß es jedem Jugendlichen möglich gemacht wird, durch Arbeit und körperliche und geistige Fortbildung ein sinnerfülltes Leben zu führen, wobei in Kiel vor allem auch daran zu denken ist, daß in einigen Jahren dringend geschulter Facharbeiternachwuchs für die neu anzusetzenden Betriebe gebraucht wird.

In der Beseitigung der Schulnot ist ein erheblicher Schritt vorwärts getan worden. Die Zahl der Lehrer hat sich um über einhundert erhöht. Während in den Volksschulen vor einem Jahr noch 61 Schüler auf einen Lehrer entfielen, sind es heute nur noch 53. Die durchschnittliche Klassenstärke beträgt in den Volksschulen 42,8, in den Mittelschulen 37,1 und in den höheren Schulen 28,2. In den Volksschulen wird dieser günstige Stand im Augenblick noch mit einem Verzicht auf etwa 20 bis 25 % des friedensmäßigen Unterrichts erkaufte. Bei zweischichtigem Unterricht wird in etwa 7 - 8 Jahren in allen Volksschulen 100 %iger friedensmäßiger Unterricht erteilt werden können. Weitere 7 - 8 Jahre werden erforderlich sein, bis jede Schulklasse in Kiel wieder ihr eigenes Klassenzimmer hat. Die Überwindung der Schulnot wird mehr zu schaffen machen, als die Überwindung der Wohnungsnot.

Jeder, der einmal durch die Kieler Schulen gegangen ist, wird trotzdem zugeben müssen, daß die Kinder besser untergebracht sind als noch vor einem Jahr. 10 Schulen wurden völlig instandgesetzt. Die hygienischen Zustände, vor allem auf den Toiletten, wurden ganz wesentlich verbessert. 79 neue Klassenräume konnten in Betrieb genommen werden. 77 Klassen wurden mit modernen Klassenmöbeln ausgerüstet. Mehrere Schulneubauten stehen vor der Vollendung. Allein für Schulneubauten hat die Stadt im Jahre 1949 über 3 Mill. DM aufgewendet. Im Jahre 1950 sind abermals über 3 Mill. DM für Schulneubauten vorgesehen. Das Ziel der Jahresarbeit ist die Schaffung von 150 neuen Klassenräumen.

Damit wird die Schulnot allerdings nicht annähernd überwunden sein. Auch im Kampf gegen die Wohnungsnot ist die Stadt Kiel im letzten Jahre einen erheblichen Schritt vorwärtsgekommen. Zum ersten Mal seit dem Ende des Krieges ist in Kiel mehr Wohnraum gebaut und instandgesetzt worden, als für Zuziehende beansprucht wurde. Über 30.000 qm Wohnraum mußten zureisenden Personen zugewiesen werden. Über 26.000 qm standen außerdem für die Auflockerung überbelegten Wohnraums zur Verfügung. Nach einer Zählung aller beteiligten Verwaltungen im Frühjahr 1949 fehlten in Kiel 21.500 Wohnungen, davon 5.000 Einzimmer-Wohnungen mit Wohnküche und 15.000 Zweizimmer-Wohnungen. Über 2.700 Wohnungen wurden im Jahre 1949 neu gebaut, wieder aufgebaut oder instandgesetzt. Mehr als 25 Mill. DM wurden für den Wohnungs- und Siedlungsbau in Kiel eingesetzt. 1950 wird mit dem Bau von 3.500 bis 4.000 Wohnungen gerechnet. Gelänge es, dieses Tempo zu halten, dann müßte die größte Wohnungsnot in Kiel in etwa 5 Jahren beseitigt sein. Noch vor einem Jahre würden auch die größten Optimisten eine solche Entwicklung nicht für möglich gehalten haben. Noch erfreulicher aber ist, daß auch die Baukosten ganz erheblich gesenkt werden konnten. Der Bauindex wurde von 343 im Herbst 1948 auf 240 im Herbst 1949 herabgedrückt. Praktisch bedeutet das eine wesentliche Senkung der Mieten in allen Neubauwohnungen.

In der Beseitigung der Massenlager ist ein erheblicher Schritt vorwärts getan worden. Von den 50.000 Heimatvertriebenen Kiels

mußten rund 3.000 Familien mit etwa 8.000 Personen in Großräumen und Massenquartieren untergebracht werden. Heute leben nur noch 460 Familien mit 1.700 Personen in Großräumen. Aufgabe der zuständigen Ausschüsse und Verwaltungsstellen sollte es sein, im Jahre 1950 auch die letzten Massenquartiere in Kiel zu beseitigen. Es ist nicht notwendig, alle Lager abzureißen. Sehr viele Baracken lassen sich zu menschenwürdigen Siedlungen mit Einzel- und Doppelräumen für jede Familie umbauen. Sie haben nicht nur den Vorzug einer schönen Lage am Rande der Stadt, sie haben auch den Vorzug niedriger Mieten. Schon heute gibt es zahllose Barackenbewohner, die mit einer teuren Neubauwohnung nicht tauschen würden.

Die größte Gefahr für die Zukunft der Stadt ist jedoch die Arbeitslosigkeit. Solange diese nicht behoben ist, kann man der schönsten Aufbauerfolge nicht recht froh werden. Was nützt den Menschen dieser Stadt eine Wohnung, wenn sie keine Arbeit haben? Was nützen den Kindern die schönsten Schulen, wenn sie nach der Schulentlassung beschäftigungslos auf der Straße liegen? Was nützt alle Finanzhilfe für Kiel, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen dieser Stadt nicht neu errichtet werden, damit sie sich eines Tages wieder durch die Arbeit und den Fleiß ihrer Bürger finanziell sanieren kann? Es hat keinen Sinn, Almosen in ein Faß ohne Boden zu schütten. Jede Hilfe für die Stadt muß ein Schritt vorwärts zu einem echten und bleibenden Wirtschaftsaufbau sein.

Das beängstigende Symptom für die Lage der Stadt ist deshalb die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 10.700 am 1. Januar 1949 auf 23.380 am 1. Januar 1950 gestiegen. Die Zunahme beträgt also 118 %. Während im Januar 1949 10 % aller Arbeitsfähigen in Kiel arbeitslos waren, waren es im Januar 1950: 21,7 %. Inzwischen ist die Zahl der Arbeitslosen auf 25 % gestiegen. Die Tatsache, daß Kiel mit diesen Ziffern noch unter dem Landesdurchschnitt liegt, beweist zwar, welche un-erhörten Anstrengungen Kiel gemacht hat, um den völligen Zusammenbruch seiner Wirtschaft zu überwinden. Aber da ein Teil dieser Maßnahmen, wie etwa die Kriegsschädenbeseitigung, zeitgebunden ist und eines Tages ausläuft, so ist die Gefahr für die Zukunft eher besorgniserregender, als in Städten mit größerer Arbeitslosigkeit. Wenn es nicht gelingt, in dieser Periode der Überbrückungsmaßnahmen tragbare Fundamente für einen echten Wirtschaftsaufbau zu legen, dann stehen die gewaltigsten Anstrengungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise noch bevor.

Was die Stadt Kiel selber im Jahre 1949 zur Wiederbelebung der Wirtschaft tun konnte, daß hat sie getan. 30 auswärtige Betriebe konnten in Kiel angesiedelt werden, 48 einheimische Betriebe ausgeweitet werden. Nach einer Aufstellung des Statistischen Landesamtes von April 1949 weist Kiel die höchste Zahl an Neugründungen auf. Zehn % aller neu errichteten Betriebe sind in Kiel ansässig. Aber es kam im Jahre 1949 nicht nur darauf an, neue Betriebe anzusetzen. Es kam auch darauf an, die alten, die durch eine planlose Kreditpolitik in Schwierigkeiten gerieten, am Leben zu erhalten und ihren Stammarbeitern Arbeit und Brot zu erhalten. Das ist in einem erfreulichen Maße gelungen. Der Produktionswert aller in Kiel erzeugten Güter ist von 46,4 Mill. DM im 1. Quartal 1949 auf 53,5 Mill. DM im 4. Quartal gestiegen. Von den seit 1945 neu angesetzten Betrieben haben 100 das Krisenjahr überstanden. Zusammen mit

den alteingesessenen Industriebetrieben Kiels bilden sie heute die hoffnungsvollen Ansatzpunkte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Kiels. Hauptaufgabe muß sein, diesen Aufbau nicht auf ein oder zwei Pfeiler zu gründen, wie einst Marine und Werftindustrie. Je breiter das wirtschaftliche Fundament, umso krisenfester die Wirtschaft. Der Ausbau neuer Wirtschaftsschwerpunkte ist deshalb bewußt gefördert worden. Es sind das die MAK, die Bekleidungsindustrie auf dem Eichhof, der Seefischmarkt, Zeiß-Ikon, die Lebensmittel-, die Zigaretten- und die Bauindustrie. Alle diese Wirtschaftszeige konnten die Zahl ihrer Beschäftigten erhöhen. Die Holsatia-Mühle ist im Jahre 1949 wieder die größte und meistbeschäftigste Mühle Schleswig-Holsteins geworden. Zeiß-Ikon wird die Früchte stiller Entwicklungsarbeit auf der Wirtschaftsschau der Kieler Woche vorführen. Die Zigarettenfabriken haben dem Lande erhebliche Steuern eingebracht. Auch der Kieler Seefischmarkt hat die größte Krise, die die Fischwirtschaft bisher durchgemacht hat, erfolgreich überstanden.

Ein nicht unwesentlicher Faktor der Kieler Wirtschaft sind die städteigenen Versorgungsbetriebe. Kraft-, Gas- und Wasserversorgung wurden im Jahre 1949 erheblich ausgebaut. Die Vorbedingungen für den Aufbau neuer Betriebe wurden durch eine tatkräftige und einsatzbereite Werkleitung geschaffen.

Auch für den Wiederaufbau des Hafens hat die Stadt erhebliche Anstrengungen gemacht. Von 242 Wracks wurden 200 geborgen. Mit der Beseitigung der letzten Wracks ist im Jahre 1950 zu rechnen. Schon heute wird die Schifffahrt durch die restlichen Wracks nicht mehr behindert. Die Wassertiefe wurde im Zusammenhang mit der Zuschüttung des Bauhafens allgemein auf 7 - 8 m gebracht, im Nordhafen auf 8,3 - 8,5 m, der verfügbare Lagerraum auf insgesamt 14.200 cbm erhöht, der Silo wieder in Betrieb genommen. Von den Kaiflächen des Innenhafens wurden 695 m erneuert.

Für den Aufbau der Handelsflotte ist im Jahre 1949 Außergewöhnliches getan worden. Für Reeder, die in Kiel beheimatet sind oder die in Kiel bauen wollen, wurden erhebliche Kredite beschafft. Einige Schiffe wie die "Cläre Grammerstorf" haben ihre Reise bereits angetreten, andere stehen vor der Fertigstellung oder werden demnächst aufgelegt. Für die nächste Zukunft brauchen sich die Arbeiter der Howaldtwerke keine Existenzsorgen zu machen.

Von besonderer Bedeutung für Kiel ist der Umbau zweier Dampfer für die Kiel-Korsör-Linie. Am 14. Mai wird diese Linie von der Reederei Ivers in Kiel wieder in Betrieb genommen werden. Der Bürgermeister Korsörs, der Kiel kürzlich besuchte, ist sehr optimistisch. Mit der Wiederaufnahme der Kiel-Korsör-Linie wird hoffentlich ein erster Schritt zur Belebung des Grenzverkehrs getan. Den Besuchern der Kieler Woche hat die Besatzungsmacht schon in den letzten Jahren großes Entgegenkommen gezeigt. Hoffentlich wird der eiserne Vorhang im Norden auch für den übrigen Teil des Jahres aufgezo-gen, und entwickeln sich im Verkehr von Deutschland zu den nordischen Ländern dieselben zwanglosen Formen, wie vor dem ersten Weltkrieg.

Der Aufbau der Fischdampferflotte hat sich durch die späte Baugenehmigung für die zweite Rate des Bauprogramms verzögert. Bisher sind vier Neubauten und ein gecharterter amerikanischer Dampfer in Dienst gestellt. Sechs weitere Fischdampfer befinden sich im Bau, vier auf den Howaldtwerken und zwei bei Flender in

Lübeck.

Die Fischwirtschaft selbst hat im Jahre 1949 infolge der planlosen Einführung der freien Wirtschaft eine schwere Krise durchgemacht. Die Rückläufigkeit der Preise infolge des wilden Wettbewerbs hat die Rentabilität der Kutter- und Hochseefischerei ernsthaft infrage gestellt. Zum Glück hat die Kutterfischerei, die z.Zt. noch 63 % der Fische auf den Markt bringt, eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit bewiesen. Sie hat sich vom Dorschfang auf den Blankfischfang umgestellt und damit einen Teil der Gefahr aufgefangen. Ohne großzügige Hilfsmaßnahmen wird die deutsche Fischerei diese schwere Krise jedoch nicht überwinden können.

Alle diese Aufbauerfolge wurden erreicht trotz der Vorbelastung der Kieler Wirtschaft durch erhöhte Frachten, hohe Steuern und den Mangel an Krediten. Hätte Kiel die Hände so frei gehabt für den Wirtschaftsaufbau wie viele andere zerstörte Großstädte, wäre sicher schon mehr geleistet worden.

Das zentrale Problem des Wirtschaftsaufbaues ist die Freigabe des demilitarisierten Ostufers. Ohne die Wiederbelebung des Ostufers kann sich kein sinnvoller Güterumschlag entwickeln. Ohne die Wiederbelebung des Ostufers kann sich Kiel aus der Rolle des Almosenempfängers nicht herausarbeiten. Die Arbeitslosen in Kiel wollen Arbeit und keine Unterstützung. Und die Stadt Kiel will einen echten Wirtschaftsaufbau und keine Bedarfsszuweisungen zur Sanierung des Haushalts. Diejenigen, die für die Sprengung des Ostufers verantwortlich sind, haben sich als sehr schlechte Europäer erwiesen. Ihre Entschlußlosigkeit und ihre politische Instinktlosigkeit hat eine Lawine des Unheils in Gang gesetzt. Sie haben nicht nur auf Kosten des amerikanischen Volkes Anlagen zerstört, die sich für eine Friedensproduktion hätte verwenden lassen. Durch ihre Hinhaltetpolitik erwecken sie auch den Anschein, als ob sie die Freigabe des Ostufers künstlich verzögern möchten. In Kiel ist der Kampf um die Demontage praktisch ausgekämpft. Die Demilitarisierung des Ostufers ist durchgeführt. Was sich heute auf dem Ostufer abspielt, das sind Nachhutsgefechte von Demilitarisierungsstellen, die es nicht so eilig haben mit der Beendigung ihrer Arbeit wie die gesamte Kieler Bevölkerung. Nachhutsgefechte, die auch im Sinne der Politik der Alliierten mehr Schaden als Nutzen anrichten.

Der Ministerpräsident hat in diesen Tagen den Landeskommissar für Schleswig-Holstein um die Beendigung der Sprengungen und um die Freigabe des Ostufers gebeten. Oberbürgermeister dankt der Landesregierung im Namen der Stadtvertretung herzlich für diesen Akt der Solidarität. "Macht endlich ein Ende des grausamen Spiels! Treibt die Menschen auf dem Ostufer nicht zur Verzweiflung! Das Werk der Zerstörung ist getan! Wenden wir endlich all unsere Gedanken und unsere Arbeit dem friedlichen Aufbau zu!" Die Stunde ist überreif. Die englische Regierung sollte deshalb ihrem Hohen Kommissar endlich die Hände freigeben und ihm gestatten, das zu tun, was jeder vernünftige Vertreter der Besatzungsmacht in Schleswig-Holstein bei ausreichender Machtvollkommenheit längst getan hätte.

Die verhängnisvolle Entwicklung, die mit der Zerstörung wirtschaftlicher Werte eingeleitet wurde, läßt sich nur auffangen, wenn endlich mit dem Wiederaufbau des Ostufers begonnen wird.

Die Arbeiter des Ostufers wollen endlich wieder arbeiten.

Die Nachricht, daß das Ostufer am 1. Mai 1950 freigegeben werden soll, ist nicht offiziell. Weder der Landesregierung noch der Stadt ist etwas davon bekannt.

Lange kann es nicht mehr dauern, bis die Tore der Werften geöffnet werden. Bis dahin hat es keinen Sinn, Kiel in einem Atemzuge mit Salzgitter nennen zu lassen. Kiel ist keine hoffnungslos demontierte Stadt. Kiel lebt! Und die arbeitsame Stadt breitet vor der Weltöffentlichkeit die Werte aus, die ihr trotz aller Zerstörungen eines totalen Krieges und aller Demilitarisierung verblieben sind: 120 ha wertvollsten Industriegeländes mit Versorgungsanlagen, Verkehrsanlagen und über 100 Gebäuden. Dazu einen hervorragende ausgebildeten sofort einsatzfähigen Facharbeiterstamm.

"Das Heldenlied der Arbeit wird in Kiel auf dem Ostufer geschrieben. Bis heute war dieses Heldenlied Entsagung und Selbstbeherrschung. Morgen wird es wieder das Dröhnen der Hämmer und das Sausen der Motore sein. Die Pioniere des Aufbaues sind bereits am Werk: Ich grüße die Männer des Ostufers, die sich um den Aufbau in Kiel besonders verdient gemacht haben; an ihrer Spitze Arbeiter und der Direktor der Howaldtswerke und des Seefischmarktes. Ich grüße auch die Arbeiter der MAK und ihre Direktoren. Ich grüße die Kaufleute, die zum Aufbau der Innenstadt beigetragen haben. Ich grüße die Kieler Reeder, deren Schiffe als erste wieder die Weltmeere befahren. Und ich verneige mich vor der Tapferkeit des kleinen unscheinbaren Mannes, der auf seinem breiten Rücken soviel Leid getragen hat und dessen Fäuste für den Aufbau unentbehrlich sind. Aus dem Geiste dieser Männer wird das Ostufer erneuert werden. Mit dem Schwung und der Zähigkeit dieser Pioniere der Arbeit werden wir Kiel wieder aufbauen müssen! Mit dem alten bürokratischen Trott der Kaiserlichen Werft würde es uns nie gelingen."

Dem offenen Auge ist die Wandlung, die Kiel durchmachen wird, schon heute erkennbar. An allen Ecken und Enden atmet die Stadt den Geist, der sie erneuern und groß machen soll. Bundespräsident Prof. Heuß hat sich grundsätzlich bereiterklärt, zur Kieler Woche 1950 nach Kiel zu kommen.

Alles, was bis zu diesem Tage erreicht worden ist, hat Arbeit und bitteren Schweiß gekostet. Und es ist aus einem neuen Geiste, aus einer neuen Gesinnung geboren. Dem Geiste der Opferbereitschaft, dem Geiste der gegenseitigen Hilfe, dem Geiste der Arbeitsfreude und der menschlichen Tapferkeit in kleinen und großen Dingen. Die Bevölkerung der Stadt hat viele schöne Beweise dieser neuen Gesinnung gegeben. Die Erwachsenen haben die Trümmer aus der Stadt weggeräumt. Die Kinder haben die Bäume neu gepflanzt, die der Krieg zerstört hatte. Die Sportler haben mit unermü-dlichem Fleiß ihre Sportplätze hergerichtet. Das Verständnis der Grundeigentümer und die Spenden zahlloser Betriebe haben die Errichtung von Kinderspielplätzen ermöglicht. Und die Jungen vom Jugendaufbauwerk haben bereits manches zur Verschönerung der Stadt beigetragen. Ganz zu schweigen von allen denen, die bei der Linderung der Not ihrer Mitbürger unermü-dlich tätig gewesen sind.

"Innen allen, Kinder, Jugendlichen, und Erwachsenen sage ich heute unseren herzlichsten Dank. Ich schließe in diesen Dank ein alle die Unentwegten, die diese Stadt wieder hochbringen wol-

len und ich schließe in diesen Dank ein die zahllosen Freunde in der Landesregierung, im Oberfinanzpräsidium, in der Universität, ja selbst in der Besatzungsmacht, die diese Arbeit getragen, unterstützt und gefördert haben.

Lassen Sie mich schließen mit einem neuen Appell an die Hilfsbereitschaft der Kieler Bürger. In wenigen Monaten wird aus Anlaß der Kieler Woche unser neuer Ratssaal eingeweiht. Wir alle, Ratsherren wie Gäste, haben ihn jahrelang schmerzlich entbehrt. Die Einrichtung des Ratssaales muß der Würde dieses hohen Hauses entsprechen. Es soll sich kein unangebrachter Prunk in diesen Räumen breitmachen. Die Einrichtung wird schlicht aber würdig sein. Die Stadt selbst kann selbstverständlich nur das Notwendigste tun. Die Hilfsbereitschaft der Kieler Bürger soll uns in den Stand setzen, das, was wir tun wollen, anständig zu tun. Im Rathause der Stadt Kiel muß der Geist ihrer Bürger fortleben. Im Rathause der Stadt Kiel muß sich die lebende Generation ein Denkmal setzen. Ein schlichtes Denkmal tätiger Hilfsbereitschaft, das unseren Kindern und Kindeskinders Zeugnis ablegen soll von dem Lebenswillen einer Generation, die sich durch zwei Weltkriege, durch Inflation und Währungsreform nicht hat unterkriegen lassen. Mit diesem Appell wende ich mich im Auftrage der Stadtvertretung an alle Bürger der Stadt:

Stell Dich in Rein' und Glied,  
das Ganze zu verstärken,  
Mag auch, wers Ganze sieht,  
Dich nicht darin bemerken,  
Das Ganze wirkt, und  
Du bist drin mit Deinen Werken."

Ratsherr S c h m i d t erklärt, daß die SPD-Fraktion auf eine Stellungnahme zu der Etatrede des Oberbürgermeisters verzichtet.

Ratsherr Dr. L i n d e m u t h und Ratsherr Dr. R a s m u s s verzichten für ihre Fraktionen ebenfalls auf eine Stellungnahme.

Stadtrat S c h a t z führt aus, daß der vorliegende ordentliche Haushaltsplan in den Reineinnahmen und in den Reinausgaben mit 72.598,501,-- DM abschließt. Er ist durch einen Bedarfszuschuß des Landes in Höhe von 2.448.000,-- DM formell zum Ausgleich gebracht worden. Es hängt von der Gestaltung des Haushaltsplanes 1950 des Landes ab, ob der Stadt Kiel ein Bedarfszuschuß in dieser Höhe zufließen wird. Diese Erkenntnis zwingt aber die Stadt auf der Ausgabeseite zu sparsamster Haushaltsführung, andererseits aber auch dazu, die Einnahmeseite des Etats durch die restlose Ausschöpfung der vorhandenen und die Erschließung neuer Einnahmen der verschiedensten Art zu verbessern.

Die im Haushaltsplan ausgewiesenen Ausgaben sind fast durchweg zwangsläufiger. Sie wurden in eingehenden Beratungen zwischen Kammereiverwaltung und den einzelnen Dienststellen ermittelt und nach geringen Korrekturen durch Finanzausschuß und Kämmerei bestätigt. Sie spiegeln einerseits die Bemühungen der Stadt wieder, der großen Not in den Kreisen der Wohnungslosen, der Armen und Hilfsbedürftigen zu steuern, andererseits aber den entschlossenen Willen, aus der Stadt der Trümmer und des Niederganges eine neue Stadt der Arbeit und des Friedens aufzubauen. So weisen allein die Einzelpläne 2, 3, 4, 5 und 6 an Reinausgaben aus:

2	Schulwesen	8.080.483,--
3	Kultur- und Gemeinschaftspflege	2.024.055,--
4	Fürsorgewesen und Jugendhilfe	11.116.414,--
5	Gesundheitswesen, Leibesübungen und Jugendpflege	3.118.190,--
6	Bau-, Wohnungs- und Siedlungs- wesen	26.152.005,--
7	Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	6.474.547,--
Zusammen:		<u>56.965.694,--</u> =====

Zur Verbesserung der Ausgabeseite des Haushalts machen Stadtkämmerer und Finanzausschuß den Vorschlag, bei Abschnitt 0010/901 (Ehrenfriedhof) den Ansatz von 100.000,-- DM auf 70.000,-- DM zu senken und bei Abschnitt 921/904 (Obdachlosensyl) den Betrag von 159.000,-- DM in den außerordentlichen Haushalt zu übernehmen. Der erforderliche Bedarfszuschuß würde sich dadurch auf 2.299.000,-- DM ermäßigen. Eine fühlbare Entlastung auf der Ausgabenseite des Etats würde sich allerdings ergeben, wenn die Stadt von der Leistung der Soforthilfeabgabe befreit würde, wie es der Deutsche Städtetag für die Gemeinden fordert. Eine so stark zerstörte und in ihren wirtschaftlichen Grundlagen erschütterte Stadt wie Kiel müßte auf alle Fälle von dieser Abgabe befreit werden.

Die städtischen Einnahmen gliedern sich in der Hauptsache in  
eigene Steuereinnahmen,  
Finanzzuweisungen des Landes und  
Einnahmen aus den städtischen Wirtschaftsunternehmen.

Unter den eigenen Steuereinnahmen sind am bedeutendsten  
die Gewerbesteuer und  
die Grundsteuer.

Die Gewerbesteuer ist eine krisenempfindliche Steuer. Trotzdem sie gegenüber dem Vorjahr mit 100.000,-- DM mehr ausgewiesen wird, erreicht sie nur etwa  $\frac{1}{3}$  des Ertrages von 1939. In diesem Tatbestand spiegelt sich am stärksten die Erschütterung der Wirtschaftsgrundlage der Stadt Kiel wieder. Leider ist mit einer nennenswerten Verbesserung ihres Ertrages auch in den nächsten Jahren nicht zu rechnen. Ihre Festsetzung und Erhebung geht ab 1. April 1950 auf die Gemeinden über, womit eine Kriegsmaßnahme beseitigt und der Wunsch der Gemeinden erfüllt wurde.

Die Grundsteuer ist an sich die krisenfesteste Steuer und bildet damit immer das Rückgrat der Gemeindefinanzen. Finanzausschuß und Kämmerer schlagen vor, den Hebesatz für die Grundsteuer A (für landwirtschaftliche Betriebe) von 150 auf 180 % zu erhöhen, womit eine Angleichung an die umliegenden Landgemeinden erreicht wird. Es wird weiter vorgeschlagen, bei der Grundsteuer B den Hebesatz von 300 % zu belassen, trotzdem die Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt die Erhöhung der Grundsteuer seit dem 1. Mai 1945 für umlagefähig erklärt hat. Wenn der Hebesatz auf den Stand von 1945 herabgesetzt würde, hätte das einen Einnahmeausfall für die Stadt von 1,3 Mill. DM zur Folge. Das ist nicht vertretbar. Es kann nur

gewünscht werden, daß die Bemühungen in Bonn zur Aufhebung der Verordnung oder Maßnahmen der Landesregierung erfolgreich sind, um die sonst unvermeidbare 2 - 3,5 %-ige Mieterhöhung in Kiel zu vermeiden.

Der Haushaltsplan weist gegenüber dem Vorjahre eine Mehreinnahme aus der Grundsteuer in Höhe von 300.000 DM aus. Da das Bundeswohnungsbaugesetz für Neu- und Wiederaufbau von Wohnungen eine zehnjährige Grundsteuerbefreiung vorsieht, ist jedoch auch in den nächsten Jahren mit einer ins Gewicht fallenden Einnahmesteigerung aus der Grundsteuer nicht zu rechnen.

An Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich des Landes sind 500.000,-- DM weniger als im Vorjahr eingesetzt worden, weil die tatsächliche Höhe der Schlüsselzuweisungen geringer ist, wie anfangs 1949 geschätzt wurde. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß durch Einführung neuer Berechnungsfaktoren Kiel benachteiligt werden wird. Dieselbe Gefahr besteht bei der Regelung der Polizeikosten. Eine Schlechterstellung der Stadt Kiel im kommenden Finanzausgleich würde ihre an sich schon gespannte Haushaltswirtschaft noch mehr gefährden. Sie würde auch eine nicht zu verstehende Ungerechtigkeit gegenüber anderen Gemeinden des Landes bedeuten.

Für die Beseitigung von Kriegsschäden wird ein Landeszuschuß von 6.400.000,-- DM erwartet. Auch ist mit einem Zuschuß des Landes für die Bühnen der Landeshauptstadt in Höhe von 350.000,-- DM zu rechnen. Für den privaten und gemeinnützigen Wohnungsbau in Kiel wird mit Darlehen der Landestreuhandstelle in Höhe von 16 Mill. DM gerechnet.

Im Einzelplan 82 (Kieler Verkehrs-AG.) wird als Einnahme eine Konzessionsabgabe von 533.400,-- DM ausgewiesen. Die Stadtwerke weisen in Einzelplan 81 Nr. 212 und 311 Abführungen an die Stadt in Höhe von 1,5 Mill. DM aus. Soweit diese Zuwendungen der Stadtwerke an die Stadt nicht in voller Höhe erwirtschaftet werden, soll der Unterschiedsbetrag aus den Abschreibungen gedeckt werden. Es wird vorgeschlagen, die Werkleitung zu ermächtigen, den Wirtschaftsplan der Stadtwerke entsprechend zu ändern. Die Abführung der Stadtwerke an die Stadt kann sich aber verringern, wenn die Stadtwerke trotz ihres großen Kriegsschadens zur Soforthilfeabgabe in Höhe von 886.000,-- DM herangezogen werden sollten.

Zu den Personalkosten ist zu sagen, daß trotz einer Einsparung von 223 Stellen, die Gesamtpersonalkosten einschließlich der durchlaufenden Personalangaben für Sparkasse und Stadtwerke, von 24.619.000,-- DM auf 25.509.299,-- DM gestiegen sind. Das sind etwa 34,1 % der Gesamtaufwendungen im Haushaltsplan. Die Steigerung der Personalkosten ist in der Hauptsache auf den Wegfall der 6 %-igen Kürzung der Gehälter der Angestellten und unteren Beamten, auf die Erhöhung der Lehrerzahl bei den Volksschulen und auf eine wesentliche Personalverstärkung im Bauamt zurückzuführen. Außerdem ist vorsorglich der Betrag für den Wegfall der 6 %-igen Kürzung bei den Gehältern der Beamten des mittleren gehobenen und höheren Dienstes eingesetzt worden, der im Laufe des Haushaltsjahres wirksam werden dürfte.

Der außerordentliche Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 20.527.030,-- DM ab. Er sieht die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 18.842.200,-- DM vor. Es wird vorgeschlagen, diesen Betrag um weitere 100.000,-- DM zu erhöhen, da der Finanz-



plan der Stadtwerke eine Erhöhung des Darlehensbedarfs der Stadtwerke um diesen Betrag vorsieht. Voraussetzung für die Aufnahme der Darlehen ist jedoch ihre Mobilisierung auf dem Kapitalmarkt zu erträglichen Zins- und Tilgungsbedingungen. Da jede Schuldenaufnahme eine Vorbelastung der Zukunft bedeutet, ist ihr deshalb große Beachtung zu schenken. Da aber Rücklagen seit der Währungsreform noch nicht angesammelt werden konnten, muß die Belastung der Zukunft hingenommen werden, da der Aufbau der Stadt unaufschiebbar ist.

Der Finanzausschuß hat im Laufe des Haushaltsjahres 1949 18 Sitzungen abgehalten. Die Zusammenarbeit zwischen den gewählten Vertretern und der Verwaltung geschah auf einer Basis gegenseitigen Vertrauens. Die Stadt konnte zu jeder Zeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Die Finanzwirtschaft der Stadt ist sehr angespannt, aber sie ist sauber und ordentlich und liegt bei unserem Stadtkämmerer in guten Händen.

Der Finanzausschuß ist sich einig in der Erkenntnis, daß die Bürger der Stadt nicht durch weitere Steuern belastet werden können. Eine Senkung der Steuern für 1950, insbesondere der Gewerbe- und Grundsteuer, konnte jedoch noch nicht vorgeschlagen werden. Sie wird aber das Ziel der Finanzpolitik in den nächsten Jahren sein müssen, um Kiels Bürgern und Kiels Wirtschaft den gleichen Start wie den Bürgern der anderen schleswig-Holsteinischen Städte zu geben.

B ü r g e r m e i s t e r schlägt vor, ohne Ausprache in die Einzelberatung einzutreten.

Dagegen wird kein Einspruch erhoben.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r übernimmt den Vorsitz.

Beginn der Einzelberatungen.

#### Personalwesen

Stadtrat H a r t m a n n erklärt, daß Stadtrat Schatz als Vorsitzender des Finanzausschusses bereits das wesentlichste zu den Personalfragen gesagt hat, so daß sich weitere Ausführungen erübrigen. Sprecher empfiehlt, künftig darauf zu achten, daß der "Trott", den der Oberbürgermeister in seiner Etatrede der Kaiserlichen Werft nachgesagt hat, nicht in der städtischen Verwaltung Platz greift.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r bemerkt, daß ein Vergleich des Arbeitstempos im Rathaus mit dem "Trott der Kaiserlichen Werft" nicht angebracht ist.

Danach werden die einzelnen Haushaltspolitionen beraten.

#### 0010 - Hauptamt

0010/50/51 - persönliche Verwaltungsausgaben

Es wird über folgenden Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt:

Die Genehmigung der hier veranschlagten persönlichen Verwaltungsausgaben umfaßt nicht die Genehmigung der Besoldung wie sie im Stellenplan, Anlage 7, für diejenigen Beamten vorgesehen wird, die nach der neuen Gemeinde-

ordnung zu wählen sind. Insoweit bleibt besondere Festsetzung durch die Stadtvertretung vorbehalten.

Beschluß: Nach Antrag.

0010/69 - Vereinsbeiträge, Beihilfen, Zuschüsse

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Die Bewilligung eines Zuschusses für die Gesellschaft der Freunde Coventrys mit 5.000,-- DM ist zu streichen.

Ratsherr Dr. R a s m u s s führt aus, daß seine Fraktion unter dem Gesichtspunkt äußerster Sparsamkeit nicht zustimmen kann, daß der Gesellschaft der Freunde Coventrys eine Beihilfe von 5.000,-- DM gegeben wird. Sprecher ist der Ansicht, daß die Gesellschaft die von ihr zu fordernde Hauptaufgabe nicht erfüllt hat. Im übrigen ist zu sagen, daß die Gesellschaft nach dem Bericht der letzten Jahresversammlung einen Kassenbestand von 4.700,-- DM hatte.

Ratsherr T h i e d e weist darauf hin, daß in einer Zeit, als von allen Ländern eine Welle des Hasses gegen Deutschland ausging, der Oberbürgermeister den Mut aufgebracht hat, eine Hand zur Versöhnung nach England auszustrecken. Der Bürgermeister von Coventry nahm die dargebotene Hand an und zeigte damit, daß man den Haß überwinden kann. Die Welt hat davon mit Befriedigung Kenntnis genommen. Wären mehr Städte oder Länder dem Beispiel Kiels gefolgt, so wäre es um den Weltfrieden besser bestellt. Die Gesellschaft der Freunde Coventrys hat es übernommen, die weitere Freundschaft zwischen Kiel und Coventry zu pflegen. Der Beitrag sollte deshalb gegeben werden.

Ratsherr Dr. L i n d e m u t h ist der Ansicht, daß die Frage offen steht, ob die Gesellschaft zum Vorteil für die Stadt tätig geworden ist. Die 5.000,-- DM sollten aber gegeben werden.

Ratsherr Dr. R a s m u s s sieht die Angelegenheit nicht unter politischen, sondern nur unter finanziellen Gesichtspunkten. Die Gesellschaft hätte ihre Berechtigung, von der Stadt Kiel finanziell unterstützt zu werden, dadurch beweisen können, daß sie Mittel und Wege gefunden hätte, die Sprengungen auf dem Ostufer zu verhindern. Das ist ihr nicht gelungen.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r vertritt die Auffassung, daß Bemühungen um eine Völkerverständigung niemals ein Fehlschlag sind, ganz gleich wie sie auslaufen. Die Gesellschaft verwendet ihre Mittel zum Nutzen der Stadt.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 5 Stimmen abgelehnt.

0010/75 - Repräsentation

Es wird über folgenden Antrag der Fraktion Nationale Rechte abgestimmt:

Ausgaben für Repräsentation sind um 50 % zu senken auf 16.000,-- DM.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 5 Stimmen abgelehnt.

0010/730 - Reise- und Fahrkosten

Es liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vor, der vorsieht, die Haushaltsstellen 0010/730 und 0011/730 für gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Beschluß: Nach Antrag.

0010/901 - Anlage eines Ehrenfriedhofes für die Opfer des 2. Weltkrieges, die Opfer des Nationalsozialismus sowie Beschaffung von Grabsteinen für Bombenopfer

- 2. Rate -

Stadtrat S c h a t z bemerkt, daß die ursprünglich vorgesehenen Mittel unbedenklich um 30.000,-- DM gekürzt werden können, weil der gekürzte Betrag für die Anlage des Ehrenfriedhofes usw. ausreicht.

Beschluß: Der Ansatz wird von 100.000,-- DM auf 70.000,-- DM herabgesetzt.

0011 - Büro des Stadtpräsidenten

0011/50/51 - Persönliche Verwaltungsausgaben

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Stadträte beträgt monatlich 100,-- DM.

Die Entschädigung für die übrigen Ratsherren, die an die Fraktionen gezahlt wird, beträgt pro Kopf 20,-- DM monatlich.

Stadtrat S c h a t z bittet, den Antrag zur Prüfung an den Finanzausschuß und die Kämmerei zu verweisen.

Ratsherr Dr. R a s m u s s erklärt, daß die Fraktion nur die tatsächlich entstehenden Ausgaben vergütet haben will. Es muß deshalb mit 100,-- DM bzw. 20,-- DM monatlich ausgekommen werden.

Ratsherr Dr. L i n d e m u t h bemerkt, daß er bei seiner Tätigkeit als Ratsherr trotz der ihm gezahlten Entschädigung noch Geld hat zusetzen müssen.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r ist der Ansicht, daß es kaum eine Stadtvertretung gibt, die ihre Ratsherren so geringe Entschädigungen zahlt, wie Kiel.

Frau Ratsherrin B r a u e r weist auf die uneigennützig und unentgeltliche Arbeit der Ratsherren hin.

Beschluß: Der Antrag wird zur Prüfung an den Finanzausschuß und die Kämmerei verwiesen.

012 - Standesämter

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Ein Zuschuß für die Standesämter von rund 100.000,-- DM ist untragbar. Es muß durch eine entsprechende Gebührenerhöhung erreicht werden, daß der Zuschußbedarf um ein Wesentliches herabgesetzt wird. Dabei bleibt selbstverständlich für Unbemittelte die Möglichkeit des Gebührenerlasses oder der Gebührenminderung bestehen.

Die Fraktion der Nationalen Rechten beantragt daher

eine Gebührenüberprüfung beim Standesamt durch den zuständigen Ausschuß.

Beschluß: Es soll mit der Landesregierung verhandelt werden, mit dem Ziel, zu erreichen, daß für Schleswig-Holstein die Gebühren für die Standesämter erhöht werden, sofern das nicht für das gesamte Bundesgebiet erreicht werden kann.

#### 017 - Straßenverkehrsamt

Die Aussprache ergibt, daß sich der Zuschuß mit abnehmender Bewirtschaftung senken wird.

#### Ordnungswesen

Stadtrat S c h u b e r t führt aus, daß gegenüber dem Vorjahr beim Vollzugsdienst 15 Stellen eingespart werden konnten. Die Personalkosten konnten jedoch nicht gesenkt werden, weil die 6 %-ige Gehaltskürzung weggefallen ist. Wenn behauptet worden ist, daß das Ordnungsamt unproduktiv arbeitet, so ist dem gegenüberzuhalten, daß eine Behörde, die an der Ordnung in einem Gemeinwesen arbeitet, nicht unproduktiv sein kann. Es ist ein neues Polizeigesetz erlassen worden, das die Verwaltungspolizei von der Polizeiexekutive trennt. Das Ordnungsamt hat die Aufgaben in eigener Regie zu erfüllen, die nicht unter den Begriff "Gefahrenabwehr" fallen. Letzteres kommt der uniformierten Polizei zu. Vortragender weist auf die Auswirkungen hin, die entstehen können, wenn der Vollzugsdienst noch weiter eingeschränkt wird. Eine besondere Bedeutung ist der hygienischen Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln beizumessen. Es wird nicht mehr mit einem Veterinärarzt ausgekommen werden. Daher ist es notwendig einen zweiten Veterinärarzt einzustellen.

Zum Marktwesen ist zu sagen, daß es durch die beabsichtigte Schaffung eines fünften Marktes, der in der Wik errichtet werden soll, einen Aufschwung nehmen wird.

#### 525 - Nahrungsmitteluntersuchungsamt

Stadtrat K ö s t e r ist der Ansicht, daß das Nahrungsmitteluntersuchungsamt ohne Zuschuß arbeiten müßte.

Stadtrat S c h u b e r t weist darauf hin, daß die Stadt Kiel vertraglich verpflichtet ist, dem Nahrungsmitteluntersuchungsamt Räume zur Verfügung zu stellen. Dadurch entsteht der Zuschuß.

#### 734 - Marktwesen

Stadtrat K ö s t e r bittet, den beabsichtigten fünften Markt in der Wik recht bald einzurichten.

Stadtrat S c h u b e r t erklärt, daß diese Angelegenheit bereits eingehend im Hauptausschuss für Ordnungsangelegenheiten behandelt worden ist. Es bestehen noch Schwierigkeiten, weil bisher kein geeigneter Platz ausfindig gemacht werden konnte.

Die weitere Aussprache ergibt, daß die Angelegenheit beschleunigt im Hauptausschuß für Ordnungsangelegenheiten vorangetrieben werden soll mit dem Ziel, den fünften Markt recht bald zu errichten.

### Schule und Kultur

Stadtrat L a n g b e h n gibt einige Zahlen bekannt, welche die Schulnot in Kiel widerspiegeln. Die Gesamtschülerzahl ist 1949 um 10 % auf 50.000 gestiegen. Es ist nicht möglich, die Schulräume mit der Schülerzahl in Einklang zu bringen. Durch den Krieg wurde der größte Teil der Kieler Schulen zerstört. Davon im Zentrum der Stadt allein 16. Das hatte zur Folge, daß der Besuch in den Schulen am Stadtrand erheblich gestiegen ist. In der Schule Sternstraße z.B. werden gegenwärtig täglich 3.000 Kinder unterrichtet gegenüber 600 im Jahre 1939, in der Schule Winterbeker Weg sind es sogar 4.000 täglich. Die Stadt Kiel hat im Jahre 1949 rund 4. Mill. DM für Schulbauten aufgewendet. Sie wird auch in dem kommenden Jahr erhebliche Mittel bereitstellen müssen. Der größte Notstand ist bei den Volksschulen zu verzeichnen.

Mit Unterstützung der Landesregierung ist die Stadt Kiel auf dem Gebiet des Schulbaues einen großen Schritt vorangekommen. Trotzdem wird es noch etwa 10 Jahre dauern, ehe das Schulwesen wieder als geordnet gelten kann.

Neben den Kosten für die Außenherstellung werden auch erhebliche Mittel für Einrichtungsgegenstände aufgewendet werden müssen. Auch Lernmittel müssen bereitgestellt werden. Hierfür hat die Landesregierung größere Beträge bewilligt. Der "Kampf um die Fibel" wird jedoch auch weiter anhalten.

Zu der Kultur ist zu sagen, daß man sich mit ihr auch in einer Stadt zu befassen haben wird, die durch den Krieg größtenteils zerstört ist und daher viele andere Sorgen hat. Der Hauptkulturträger ist das Theater. Die Krise, die das Theater durchgemacht hat, ist noch nicht überwunden. Die Fusion mit Lübeck ist gescheitert. Die Stadtführung glaubt aber, einen Weg gefunden zu haben, das Theater zumindest für die nächste Spielzeit zu erhalten. Die Stelle des Intendanten und des Musikdirektors sind neu besetzt worden.

Zum "Sport und Spiel" ist zu sagen, daß sie für die Jugend nötig sind und nicht vernachlässigt werden dürfen.

### 20 - Allgemeine Schulverwaltung

Es liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktion Nationale Rechte und der CDU-Fraktion vor:

Das Schulwesen hat eine derartige Ausweitung erfahren, daß es nicht mehr zu verantworten ist, es durch einen einzigen Schulrat leiten zu lassen, zumal dieser Schulrat noch durch andere Aufgaben weitestgehend belastet ist.

Es wird beantragt, die Stelle eines zweiten Schulrates zu schaffen.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r führt aus, daß sich die Kammer bereits mit dieser Angelegenheit befaßt hat. Die zuständigen

Organe werden sich in Kürze mit der Angelegenheit weiter befassen müssen.

Beschluß: Die zuständigen Organe sollen den Antrag überprüfen.

#### 21 - Volksschulen

21/971 - Wiederbeschaffung von Schulmöbeln für 40 Schul-  
klassen

Es liegt folgender Antrag der SPD-Fraktion vor:

Für die Wiederbeschaffung von Schulmöbeln für 40 Schul-  
klassen sind bei der Haushaltsstelle 21/971  
= 84.000,-- DM eingestellt worden. Mit Rücksicht auf die  
außerordentliche Dringlichkeit der Beschaffung von  
Schulmöbeln beantragt die SPD-Fraktion, Mittel für wei-  
tere 40 Klassen anzufordern.

Es wird daher beantragt, die eingestellten Mittel um  
84.000,-- DM auf 168.000,-- DM zu erhöhen.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r erklärt, daß der Unter-  
schiedsbetrag nach einem Vorschlag des Kämmereiamtes aus den  
allgemeinen Mitteln für Schulbauten entnommen werden soll.

Die weitere Aussprache ergibt, daß die Erhöhung erst jetzt  
beantragt worden ist, weil sich nach der Beratung in der  
Kämmerei neue Gesichtspunkte ergeben haben.

Beschluß: Für die Wiederbeschaffung von Schulmöbeln werden  
weitere 84.000,-- DM bewilligt. Dieser Betrag ist  
im Rahmen des außerordentlichen Haushalts aus den  
verfügbaren Mitteln für Schulbauten zu erwirt-  
schaften.

#### 2510 - Muthesius-Werkschule

Es wird über folgenden Antrag der Fraktion Nationale Rechte  
abgestimmt:

Die Ausgaben sind soweit zu senken, daß der Zuschuß  
nicht höher ist als im Jahre 1949.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

#### 27 - Stadtschulbildstelle

Stadtrat H a r t m a n n bittet, die Frage zu prüfen, ob es  
nicht möglich ist, die Landesschulbildstelle mit zu benutzen,  
um dadurch den Zuschuß zu senken.

Ratsherr S i e v e r s erklärt, daß die Landesschulbildstelle  
die Bilder nur leihweise abgeben kann. Damit wird aber nicht  
immer ausgekommen werden.

Beschluß: Der Hauptausschuß für Schule und Kultur soll prüfen,  
ob und wieweit der Anregung von Stadtrat Hartmann  
nachgekommen werden kann.

#### 3200 - Bühnen der Landeshauptstadt

Stadtrat H a r t m a n n führt aus, daß er darüber erfreut  
ist, daß das Theater erhalten bleibt. Mit der Beschlußfassung

zu dem Theaterzuschuß ist eine große Verantwortung übernommen worden. Die Fraktion hofft, daß es mit dem neuen Intendanten gelingt, das Mögliche aus dem Theater herauszuholen, und daß er sich nicht als ein Mann der "Experimente von gestern" erweist. Wenn sich die Ratsherren ein richtiges Urteil über das Theater und seine Leistungen erlauben wollen, so müssen sie auch in das Theater hineingehen. Auch von den höheren Beamten und Angestellten sollte verlangt werden, daß sie das Theater regelmäßig besuchen. Wenn im vergangenen Jahr eine Theaterkrise drohte, dann hatte die Kieler Tagespresse einen Teil Schuld daran, weil ihre Kritik dem Theater nicht immer dienlich war. Die Presse sollte positive Kritik üben.

B ü r g e r m e i s t e r erinnert an ein Wort des Oberbürgermeisters einer deutschen Großstadt, nach dem eine Stadt für zwei Dinge ihre Kasse immer bereithalten sollte: für die Wohlfahrt und für die Kunst. Der Mensch in der Großstadt hat das Bedürfnis, einmal aus dem Alltag herauszukommen und ins Theater zu gehen. Bei dem hohen Zuschuß erhebt sich die Frage, ob das Theater erhalten werden kann. Die Stadtführung ist zu der Ansicht gelangt, daß Kiel als Landeshaupt- und Universitätstadt ein eigenes Theater haben muß. Es wird erwartet, daß die Landesregierung die Bemühungen Kiels um die Erhaltung seines Theaters unterstützt. Da ein Theater ohne Publikum nicht denkbar ist, muß mehr als bisher versucht werden, es ins Theater hineinzuziehen. Künstler und Besucher müssen zusammenstehen, um das Theater zu erhalten. Die Spielplangestaltung muß nach dem Geschmack der Besucher ausgerichtet werden und darf sich berechtigten Interessen nicht verschließen. Es sollten Gastspielreisen unternommen werden, um das Ensemble voll auszulasten. Wenn das alte Theater am Rathausplatz zur Verfügung stände, wäre es günstiger um das Theater bestellt.

Ratsherr S c h m u c k übt Kritik an der Aufführung "Der Fröhliche Weinberg" und ist der Ansicht, daß das Publikum solche Aufführungen nicht sehen will. Wenn solche Stücke gegeben werden, ist es nach Auffassung des Vortragenden nicht verwunderlich, wenn das Theater gemieden wird.

Stadtrat H a r t m a n n wendet sich gegen die Ausführungen von Ratsherrn Schmuck, weil die angesprochene Aufführung nach seiner Ansicht keinen Anlaß zu negativer Kritik gegeben hat. Der Kunst muß die Berechtigung zuerkannt werden, frei zu schaffen.

Ratsherr T h i e d e führt aus, daß es durch das Entgegenkommen der Stadt möglich gewesen ist, eine Volksbühne zu schaffen und es damit auch den ärmeren Bevölkerungskreisen möglich gemacht worden ist, ins Theater zu gehen.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r ist der Ansicht, daß das Kunstschaffen von 1933 mit dem heutigen nicht verglichen werden kann. Im übrigen ist zu sagen, daß die Stadtführung die Verhandlungen in der Theaterfrage in einer sehr disziplinierten Art geführt hat. Es kann damit gerechnet werden, daß das Land weitere Zuschüsse gibt. Allein an der Bürgerschaft liegt es, ob das Theater erhalten bleibt.

#### 322 - Sonstige Aufwendungen für Kunstpflege

322/971 - Ankauf von Kunstwerken und Wiedergaben

Es liegen folgende Anträge vor:

Antrag der Fraktion Nationale Rechte:

Der Ansatz Ankauf von Kunstwerken usw. ist auf 3.000,-- DM herabzusetzen.

Antrag der SPD-Fraktion:

Antrag bzw. Abänderung des Antrages der nationalen Rechten. Der Ansatz Ankauf von Kunstwerken ist von 7.000,-- DM auf 10.000,-- DM zu erhöhen.

Stadtrat S c h u b e r t ist der Ansicht, daß auf diesem Weg den Künstlern nicht geholfen werden kann. Es sollten bei jedem Schulneubau besondere Mittel für den Ankauf von Kunstwerken bereitgestellt werden. Für den Fall, daß diesem Vorschlag entsprochen wird, zieht die Nationale Rechte ihren vorliegenden Antrag zurück.

Ratsherr F i s c h e r beantragt, es bei dem Haushaltsansatz von 7.000,-- DM zu belassen.

Beschluß: Der Haushaltsansatz wird von 7.000,-- DM auf 10.000,-- DM erhöht. Der Beschluß ergeht mit 22 gegen 19 Stimmen.

### 330 - Stadtbücherei

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Der für die Stadtbücherei geforderte Zuschuß in Höhe von 43.000,-- DM steht in keinem Verhältnis zu der Benutzung der Stadtbücherei.

Wir beantragen:

- a) Die Leih- und Mahngebühren um 50 % zu erhöhen,
- b) die Ausgaben soweit zu senken, daß der Zuschußbedarf sich um 35 % senkt.

Stadtrat H a r t m a n n ist der Auffassung, daß die Bücherei in den letzten Jahren nicht so beaufsichtigt worden ist, wie es nötig war. Es ist festgestellt worden, daß zuletzt nur noch 2 % der Bevölkerung die Bücherei beansprucht haben. Das mag z.T. darauf zurückzuführen sein, daß die Bücherei vom Westufer auf das Ostufer verlegt worden ist. Wenn die Leih- und Mahngebühren erhöht werden, wird der Zuschuß sich senken.

Ratsherr S c h m i d t teilt die Auffassung, daß der Zuschuß gesenkt werden muß. Das sollte aber nicht in der Weise geschehen, daß die Gebühren erhöht werden, weil dann die Besucherzahl der Bücherei noch mehr zurückgehen würde.

Ratsherr F i s c h e r stimmt im Auftrage seiner Fraktion den Ausführungen von Ratsherrn Schmidt zu. Es sollte geprüft werden, ob es möglich ist, die Bücherei wieder auf das Westufer zurückzuverlegen, bzw. dort eine Zweigstelle einzurichten.

Stadtrat L a n g b e h n vertritt die Auffassung, daß durch eine entsprechende Werbung der Bevölkerung mehr als bisher klargemacht werden muß, daß die Bücherei nicht nur wissenschaftliche Bücher führt, sondern solche, die jeden interessieren.



Beschluß: Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der Hauptausschuß für Schule und Kultur soll prüfen, auf welche Weise die Rentabilität der Stadtbücherei gehoben und der Zuschuß gesenkt werden kann.

530 - Stadtamt für Leibesübungen

54 - Leibesübungen

Ratsherr P f e f f e r beanstandet, daß diese Haushaltsabschnitte dem Unterausschuß für Sport und Spiel nicht zur Beratung vorgelegen haben. Es fragt sich, warum das nicht geschehen ist. Sprecher bittet, sicherzustellen, daß der Unterausschuß im nächsten Jahr an den Beratungen beteiligt wird.

Stadtrat L a n g b e h n hält es für selbstverständlich, daß der Unterausschuß hätte beteiligt werden müssen. Es liegt ein Verschulden der Verwaltung vor.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß geprüft werden soll, warum der Unterausschuß für Sport und Spiel an der Beratung der Haushaltsabschnitte nicht beteiligt worden ist.

550 - Sport- und Spielplätze

550/804 - Unterhaltung der gärtnerischen und Platzanlagen einschließlich Ersatz für beschädigte Geräte

Es wird über folgenden Antrag der Nationalen Rechten abgestimmt:

Der Betrag ist auf den Satz des Jahres 1949 herabzusetzen.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag der CDU-Fraktion, der vorsieht, den Ansatz um 25.000,-- DM zu senken, kommt nicht zur Abstimmung.

550/901 - Ausbau von Sportplätzen

Es wird über folgenden Antrag der Fraktion Nationale Rechte abgestimmt:

Der Betrag ist auf 25.000,-- DM herabzusetzen.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Danach wird die Sitzung bis 15.10 Uhr unterbrochen.

Sozialwesen

Stadtrat K o w a l e w s k y führt aus, daß die soziale Fürsorge die Aufgabe hat, vom Einzelschicksal ausgehend die Ursachen der Not zu ergründen und Abhilfe zu schaffen. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch war dies aufgrund des großen Zustroms an Hilfsbedürftigen kaum möglich. Eine individuelle Betreuung konnte nicht so erfolgen, wie es im Rahmen der sozialen Fürsorge der Fall sein sollte. Im letzten Jahr ist hier eine wesentliche Änderung eingetreten. Die Einzelfälle konnten durch die Bezirksfür-

sorgerinnen und der Mitarbeit von ehrenamtlichen Helferinnen der freien Wohlfahrtsverbände eingehender behandelt werden. Es war möglich, viele Anträge dem Arbeitsamt zu überweisen, so daß die Antragsteller durch die Arbeitslosenfürsorge betreut werden konnten, da die öffentliche Fürsorge nur arbeitsunfähige Personen und Frauen mit Kindern, die nicht arbeiten können, zu betreuen hat. Durch das im letzten Jahr erlassene Soforthilfegesetz ist eine größere Senkung der Fürsorgekosten eingetreten. Durch die eingeführte Familienunterstützungsgemeinschaft hat sich die Berechnung der Unterstützungssätze für manchen Haushalt ungünstig ausgewirkt. Dem Fachausschuß für allgemeine Fürsorge ist die umfangreiche Aufgabe zuteil geworden, über die damit verbundenen Einsprüche zu entscheiden.

Im vergangenen Jahr waren im Sozialwesen

23.497	Fälle der Gesundheitsfürsorge,
28.885	" " Jugendfürsorge,
21.760	" " wirtschaftlichen Fürsorge und
8.758	Fälle auf anderen Arbeitsgebieten der Fürsorge

zu bearbeiten.

Bei der Kriegsofferfürsorge hat sich nach der Währung ein starkes Ansteigen der Unterstützungsfälle ergeben. An ehemalige Berufssoldaten und Beamte der Wehrmacht oder ihre Hinterbliebenen sind Unterstützungsbeträge gezahlt worden.

Die Eingliederung der Schwerkriegsbeschädigten in den Arbeitsprozeß ist auch heute noch eine große Sorge.

Z.Zt. sind in Kiel Kriegsbeschädigte mit einer Erwerbsminderung

von 30 bis 40 %	=	3.064,
50 " 60 %	=	1.651,
70 " 80 %	=	1.066 und
90 " 100 %"	=	241.

In den ersten 9 Monaten des Etatsjahres kehrten 1.128 Kriegsgefangene nach Kiel zurück; davon 1.010 aus russischer Gefangenschaft. Seit Mitte Januar kommen keine Sammeltransporte mehr aus Rußland. Jetzt kommen nur noch ungefähr 50 Gefangene im Monat.

Das Amt für Soforthilfe ist eingerichtet worden. Es sind bisher

6.769	Fälle der Unterhaltshilfe und
35.418	Fälle der Hausratshilfe

bearbeitet worden. Insgesamt wurden vom Amt für Soforthilfe 2.524.600,-- DM ausgezahlt. Das sind 10,05 DM pro Kopf der Bevölkerung. Es werden viele Anträge auf Aufnahme in Heime gestellt. Der Bau des Altersheimes Paul-Flemming-Straße ist in Angriff genommen und wird im neuen Jahr beendet werden können. Auch das Kieler Stadtkloster wird wieder aufgebaut und dadurch vielen evakuierten Kielern, die in Altersheimen außerhalb Kiels untergebracht sind, die Möglichkeit gegeben, zurückzukehren.

Bei der Gemeinschaftslagerverwaltung steht der Ausbau und die Unterteilung von Wohnräumen im Vordergrund. Im Berichtsjahr

wurden etwa 16 Baracken durch Einziehung von Wänden und Schornsteinen unterteilt. 416 Familien leben z.Zt. noch in Großräumen. Sie müssen nach und nach in Einzelräume unquartiert werden.

Über das Jugendamt erübrigen sich weitere Ausführungen, weil darüber schon der Oberbürgermeister in seiner Etatrede gesprochen hat.

Abschließend spricht Vortragender den ausländischen Hilfsorganisationen, den freien Wohlfahrtsverbänden, den ehrenamtlichen Helfern und den Bezirksfürsorgerinnen, die eine schwere und verantwortungsvolle Arbeit durchzuführen haben, für ihre Hilfe besonderen Dank aus.

#### 403 - Amt für Soforthilfe

Ratsherr K u h n führt aus, daß das Amt für Soforthilfe verpflichtet ist, die Mittel für Hausratshilfe nach einer Punkttabelle zu verteilen. Nach Anweisung des Hauptamtes für Soforthilfe darf Hausratshilfe zunächst nur an Antragsteller mit mindestens 30 Punkten gezahlt werden. Dadurch entstehen viele soziale Härten. Die Mitglieder der Soforthilfeausschüsse werden von den Antragstellern häufig überlaufen. Sie können aber nur in einer beschränkten Zahl von Fällen helfen, weil nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. In unermüdlicher Arbeit konnten kurz vor Weihnachten in 3 Wochen 7.000 Anträge erledigt und 1,1 Mill. DM ausgezahlt werden. Das soziale Verantwortungsbewußtsein hat die Mitglieder der Soforthilfeausschüsse davon abgehalten, ihr schweres Amt niederzulegen.

Frau Ratsherrin B r a u e r unterstreicht die Ausführungen von Ratsherrn Kuhn. Zu der Punkttabelle bei der Zuteilung der Hausratshilfe ist zu sagen, daß danach nicht immer gehandelt worden ist, weil sonst die sozialen Härten zu groß gewesen wären. Wenn Stadtrat H a r t m a n n von dem "Trott der Kaiserlichen Werft" in der Verwaltung gesprochen hat, so ist dem gegenüberzuhalten, daß sich die Beamten und Angestellten des Amtes für Soforthilfe im besonderen Maße dafür eingesetzt haben, daß die bereitstehenden Mittel schnellstens ausgezahlt werden konnten. Dabei haben sich besonders die Anwärter hervorgetan.

#### 411 - Heimatvertriebene

Es liegt ein Antrag von Stadtrat Hartmann betr. Zuzugsregelung vor, der bis zur Beratung des "Wohnungswesens" zurückgestellt wird.

Stadtrat H a r t m a n n nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der letzten Haushaltsberatung, in der er dem Oberbürgermeister den Vorwurf gemacht hat, für die Zustände im Lager Pickertstraße verantwortlich zu sein. Vortragender hat sich inzwischen überzeugt, daß der Vorwurf nicht zutrifft.

#### 4180 - Gemeinschaftslagerverwaltung

4180/901 - Herrichtung und Ausbau der Flüchtlingslager und Unterkünfte für Flüchtlinge und Luftkriegsbetroffene

Es liegt folgender Antrag der SPD-Fraktion vor:

Die SPD-Ratsherrenfraktion beantragt, den Titel 4180/901 um 100.000,-- DM zu erhöhen.

Ratsherr K u h n erklärt, daß sich die Zustände im Lager Pickertstraße nach der Aussprache in der Haushaltsberatung im Vorjahr inzwischen wesentlich gebessert haben. Sprecher begrüßt die Absicht der Stadtführung, jedem Flüchtling einen eigenen Raum mit eigenem Herd zu geben. Stadt und Land haben für die Flüchtlinge alles Mögliche getan. Den Flüchtlingen ist klar, daß ihre Not nur mit Hilfe der Einheimischen gelindert werden kann. Gegenseitiges Verständnis ist daher notwendig.

Frau Ratsherrin B r a u e r bittet im Namen ihrer Fraktion, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluß: Der Ansatz wird von 200.000,-- DM auf 300.000,-- DM erhöht. Der Einnahmeansatz der Haushaltsstelle 4180/170 - Zuschuß des Bundes bzw. des Landes - wird um 85.000,-- DM erhöht, da mit einem Zuschuß in dieser Höhe vom Bund bzw. vom Land zu rechnen ist.

#### 44 - Förderung der freien Wohlfahrtspflege

44/69 - Beihilfen und Zuschüsse

Es liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vor:  
Haushaltsstelle 44/69, - <sup>sonstige Wohlfahrtseinrichtungen</sup> 627, wird mit folgendem Zusatz versehen:  
davon 4.000,-- DM für den Kindergarten der Kirchengemeinde Höltenau.

Ratsherr S a g e r führt aus, daß sich in Holtenau kein stadteigener Kindergarten befindet. Wenn der Kirchengemeinde der Zuschuß gegeben wird, wird ein eigener städtischer Kindergarten nicht nötig sein. Dieser würde einen höheren Zuschuß benötigen, als ihn die Kirchengemeinde beantragt hat.

Ratsherr L ü t g e n s bittet, den Antrag zunächst an den zuständigen Ausschuß zu verweisen. Es fragt sich, ob der beantragte Zuschuß gegeben werden kann.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r ist der Ansicht, daß der Zuschuß, wenn er gegeben wird, nur ein einmaliger sein sollte.

Beschluß: Der Antrag wird dem Fachausschuß für Jugendwohlfahrt zur Prüfung überwiesen.

#### 56 - Jugendertüchtigung

56/69 - Vereinsbeiträge, Beihilfen und Zuschüsse

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Der Betrag ist auf den Satz des Vorjahres herabzusetzen.

Ratsherr L ü t g e n s erklärt, daß die SPD-Fraktion dem Antrag kein Verständnis entgegenbringen kann, weil dann am falschen Platz gespart werden würde. Sprecher bittet, den Antrag abzulehnen.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Danach wird über folgenden Antrag der CDU abgestimmt:

Die Haushaltsstelle 56/69 - 87 - Zuschüsse zur Herrichtung und Unterhaltung von Jugendheimen sowie Mietbeihilfen - wird mit folgendem Zusatz versehen:  
davon 6.000,-- DM Beihilfe für die Errichtung eines Kindertages- und Jugendheimes der Kirchengemeinde Kiel-Friedrichs-ort.

Beschluß: Der Antrag wird dem Fachausschuß für Jugendwohlfahrt zur Prüfung überwiesen.

#### 570 - Jugendheime

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Die Ausgaben sind um 2.000,-- DM einzuschränken. Verteilung obliegt dem Ausschuß.

Ratsherr L ü t g e n s bittet, den Antrag abzulehnen.

Stadtrat S c h u b e r t erklärt, daß die Jugend seiner Fraktion ebenso wie den anderen Fraktionen am Herzen liegt. Nur die finanzielle Notlage hat die Nationale Rechte veranlaßt, den Antrag zu stellen.

Frau Ratscherrin B r a u e r ist der Ansicht, daß zur Linderung der Not der Jugend nicht gespart werden sollte.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 6 Stimmen abgelehnt.

#### Gesundheitswesen

Stadtrat Dr. H e l l führt aus, daß durch die moderne Wissenschaft Krankheiten, die früher Volksseuchen darstellten, erfolgreich bekämpft werden können. Es ist der menschliche Geist, der diese Krankheiten bekämpft.

Das Gesundheitswesen muß sich auf die kritische Situation der Gegenwart einstellen. Auf dem Gebiet der Krankheitsheilung und der Vorbeugung hat sich im letzten Etatjahr nach den Kriseneinwirkungen die Situation außerordentlich konsolidiert. Es ist festzustellen, daß die Menschen überraschenderweise die schweren Nöte des Hungers gut überstanden haben. Weiter kann festgestellt werden, daß das Gespenst der schweren Seuchen vorbeigegangen ist und daß die Fürsorgeeinrichtungen, die geschaffen worden sind, den Anforderungen, die an sie gestellt wurden, hinreichend Rechnung getragen haben. Auf allen Gebieten ist ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen.

Ein vielumstrittener Punkt ist die Röntgenreihenuntersuchung. Sie wurde von der Lungenfürsorge zusammen mit den Mitarbeitern vom Lungenkrankenhaus durchgeführt. Kiel nimmt eine besonders günstige Position ein. Es konnte zum ersten Mal festgestellt werden, wie weit die Tbc. in Kiel fortgeschritten ist. Die Tbc.-Heilstätte Schönhagen wird voraussichtlich in der nächsten Zeit bestehen bleiben müssen.

Die Desinfektionsanstalt hat die Ungezieferplage erfolgreich bekämpft. In den Flüchtlingslagern sind 15.000,-- DM weniger für

Bekämpfungsmaßnahmen aufgewendet worden als im Vorjahr.

Das besondere "Sorgenkind" ist die Städtische Krankenanstalt. Die hohen Zuschüsse für die Anstalt führten zur sorgsam Prüfung der Wirtschaftsführung. Wesentliche Beanstandungen konnten nicht festgestellt werden. Die Pflegesätze mußten infolge der allgemeinen Verteuerung erhöht werden. Durch den Fortfall der 6 %-igen Gehaltskürzung sind die Personalkosten der Krankenanstalt stark beeinflußt worden. In zwei Jahren wurden 104 Stellen eingespart. Die Belegziffern erhöhten sich von 75 % auf 85 %. Das ist eine rationelle Belegung.

Der Hauptausschuß für das Gesundheitswesen hat seine Arbeit ohne dogmatische Auffassung angefaßt und hat, wenn auch nicht immer einstimmig, versucht, das Richtige zu treffen.

#### 7530 - Volksbad Knooper Weg und weitere Bäder

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Bei sämtlichen Bädern der Stadt mit Ausnahme des Strandbades Falckenstein sind, soweit sie in diesem Etat Zuschüsse erfordern, die Etats auszugleichen. Andernfalls ist Verpachtung im Laufe des kommenden Etatsjahres anzustreben.

Ratsherr **W e g e n e r** ist der Ansicht, daß ein Gesamtzuschuß für die Bäder von rund 40.000,-- DM nicht verantwortet werden kann. Die Bäder müssen wirtschaftlicher arbeiten. Dem Vernehmen nach werden ab 19.00 Uhr keine Badegäste mehr eingelassen. Die Badeanstalten sollten solange geöffnet haben, wie Nachfrage besteht. Wenn der Zuschuß nicht gesenkt werden kann, wird sich der zuständige Ausschuß mit der Frage befassen müssen, ob es sich empfiehlt, die Badeanstalten zu verpachten.

Ratsherr **S c h m i d t** führt aus, daß die Frage der Verlängerung der Badezeiten geprüft worden ist. Es ist festgestellt worden, daß die Nachfrage nach Bädern nach Schluß der offiziellen Badezeit nur gering ist. Es ist der Bevölkerung auch nicht bekannt, daß so spät noch gebadet werden kann. Das müßte gegebenenfalls besonders bekanntgemacht werden. Sprecher beantragt, den Antrag, soweit er vorseht, den Etat auszugleichen, zur Prüfung an den zuständigen Ausschuß zu verweisen und die Verpachtung abzulehnen.

Ratsherr Dr. **L i n d e m u t h** ist der Ansicht, daß sich Badeanstalten in der Hand von Privatleuten wirtschaftlicher gestalten lassen. Der Frage der Verpachtung sollte deshalb nähergetreten werden.

Stadtrat **H a r t m a n n** fragt, warum die SPD es ablehnt, die Bäder zu verpachten.

Stadtrat Dr. **H e l l** spricht sich ebenfalls für die Verpachtung aus und weist daraufhin, daß das Eiderbad "Hammer" bereits verpachtet ist. Es fragt sich allerdings, ob für alle Bäder Pächter gefunden werden.

Ratsherr **S c h m i d t** erklärt, daß die SPD-Fraktion nicht grundsätzlich gegen die Verpachtung ist. Sie hat zugestimmt, daß das Eiderbad "Hammer" verpachtet wird und wird auch der Verpachtung des Volksbades "Vossenpott" zustimmen. Die Fraktion

ist aber der Ansicht, daß die Pächter evtl. die Gebühren erhöhen werden und es den Minderbemittelten nicht mehr möglich ist, zu baden. Aus diesem Grunde kann die Fraktion der Verpachtung aller Bäder nicht zustimmen.

Stadtrat H a r t m a n n empfiehlt, die Frage der Verpachtung zunächst zu prüfen. Es fragt sich, ob die Pächter die Gebühren erhöhen werden. Der zuständige Ausschuß sollte sich mit der Frage befassen.

Beschluß: Der Antrag wird zur Prüfung an den Hauptausschuß für das Gesundheitswesen verwiesen.

### Bau- und Siedlungswesen

Stadtrat W ü s t e n b e r g weist eingangs auf die Gefahr hin, daß die für den Wohnungsbau angekündigten zusätzlichen Mittel aufgesogen werden durch den Wohnungsbaufinanzierungsplan der Bundesregierung. Beim Bauwesen ist die Möglichkeit gegeben, entscheidend auf die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt einzuwirken. Für den weiteren Aufbau der Stadt sind neue Durchführungspläne notwendig. Die Grundstücksumlegung und die Beschaffung von Baugelände wird erhebliche Schwierigkeiten bringen. Mit großen Erwartungen wird dem kommenden Finanzierungsgesetz entgegengesehen.

Die Arbeiten des Bauamtes sind durch die besonderen Aufgaben der letzten Jahre so umfangreich geworden, daß ein weiterer Personalabbau nicht möglich ist. Die Anforderungen steigen noch stetig. Die anfallenden Arbeiten sind so umfangreich, daß trotz der personalmäßigen Verstärkung des Hochbauamtes noch Aufträge an Architekten vergeben werden müssen.

Zur Frage des Ausschreibungs- und Verdingungswesens ist zu sagen, daß grundsätzlich die öffentliche Ausschreibung gewählt wird. Es ist festgestellt worden, daß dadurch eine Minderung der Arbeitsqualität eingetreten ist, was eine verstärkte Aufsicht erfordert.

Für die Straßenunterhaltung konnten bisher nicht ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, weil nicht nur Kriegsschäden beseitigt werden müssen, sondern auch für die laufende Unterhaltung gesorgt werden muß. Wenn die Mittel weiterhin nur in der jetzigen Höhe gegeben werden, wird die Straßendecke nur alle 40 Jahre erneuert werden können. Die normale Benutzungsdauer beträgt aber nur 30 Jahre.

Für die Trümmerbeseitigung sind auch in diesem Jahr nur die unbedingt notwendigen Mittel bereitgestellt worden. Bisher konnten in Kiel etwa 4 Mill. cbm Trümmer entfernt werden, das sind etwa 80 % der Gesamttrümmer.

Besondere Bedeutung kommt der Fertigstellung der "Neuen Straße" zu. An weiteren Maßnahmen sind u.a. vorgesehen:

- die Instandsetzung des Seegartenplatzes,
- die Unterhaltung und Verbesserung der Grünanlagen und
- die Beseitigung von Schäden an den Kanalisationsanlagen.

Die Arbeit des Bauamtes ist häufig einer negativen Kritik ausgesetzt. Die anfallende Arbeit trägt aber eine so hohe Verantwortung

vor der Zukunft, daß nur sachlich und fachlich berufene Personen sich ein Urteil über diese Arbeit erlauben sollten.

660 - Tiefbauamt

Stadtrat H a r t m a n n fragt, ob für die Instandsetzung der Straßen eine bestimmte Reihenfolge vorgesehen ist. Sprecher weist in diesem Zusammenhang daraufhin, daß die Moltkestraße ein "Gefahrenherd" für Fahrräder und Autos ist.

Ratsherr S t a d e weist daraufhin, daß sich fast alle Straßen in schlechtem Zustand befinden. Es sollten zunächst die verkehrsreichsten Straßen ausgebessert werden. Von den ausführenden Firmen muß verlangt werden, daß sie Qualitätsarbeit leisten.

Stadtrat S a r t o r i spricht sich für eine "Rangordnung" aus und ist der Auffassung, daß zunächst die Straßen instandgesetzt werden sollten, die bei der Kieler Woche als "Visitenkarte" der Stadt Kiel gelten sollen. Das sind vor allem die Ausfallstraßen Hamburger Chaussee, Eckernförder Straße und die Gablenzbrücke. Die Stadt sollte bei der Landesregierung vorstellig werden mit dem Ziel, zu erreichen, daß die von dort beabsichtigte Verbesserung der Hamburger Chaussee noch vor der Kieler Woche durchgeführt wird.

Stadtrat Dr. H e l l ist der Ansicht, daß die Minderung der Arbeitsqualität dadurch eintritt, daß nach den geltenden Bestimmungen grundsätzlich dem billigsten Bieter der Auftrag zu erteilen ist. Es fragt sich, ob dieses Verfahren beizubehalten ist. Die Unternehmen sollten von vornherein darauf hingewiesen werden, daß ihre Arbeit überwacht wird, Dadurch wird wahrscheinlich erreicht werden, daß sie nicht mehr "pfuschen".

Ratsherr S a g e r führt aus, daß der Fachausschuß für Hochbau grundsätzlich Aufträge an die billigsten Bieter vergeben hat, wozu er bestimmungsgemäß verpflichtet war. Er hat dieses teilweise mit schweren Bedenken getan. Das Verfahren hat sich nicht immer bewährt. Manche Firmen waren nicht in der Lage, die Aufträge zu den angegebenen Bedingungen auszuführen. Wenn auf gute Arbeit Wert gelegt wird, muß von diesem Verfahren abgekommen werden.

Ratsherr N o l t e erklärt, daß die Straßen nicht so in Ordnung sind, wie es wünschenswert ist. Der Fachausschuß für Tiefbau hat sich mit der Angelegenheit befaßt und hat mit den vorhandenen Mitteln zunächst die Straßen instandsetzen lassen, deren Zustand besonders schlecht war. In den Fällen, in denen an den Asphaltstraßen nachträglich Schäden entstanden sind, hat die Stadt sich an den betr. Firmen schadlos gehalten.

Ratsherr S t a d e bemerkt, daß festgestellt worden ist, daß neben Baustellen vielfach längere Zeit Material gelagert wird und damit die Gefahr des Diebstahls gegeben ist. Straßen und Plätze sind vielfach aufgerissen und es ist an ihnen dann längere Zeit nicht gearbeitet worden. Viele Bürgersteige sind noch nicht begehbar. Das sollte recht bald abgestellt werden. Zu der Vergabe von Aufträgen ist Vortragender der Ansicht, daß das billigste Angebot nicht immer das beste ist.

Stadtrat H a r t m a n n beanstandet, daß der zuständige Oberbaurat nicht anwesend ist, der zu allen Fragen hätte Stellung nehmen können.



Stadtrat W ü s t e n b e r g bittet, bei allen Beschwerden den zuständigen Stadtrat zu unterrichten. In den Fällen, in denen Straßenarbeiten nicht ordnungsmäßig ausgeführt worden sind, hat die Stadt keine finanziellen Schäden erlitten, weil die Firmen angehalten worden sind, die Schäden auf ihre Kosten auszubessern. Alle Firmen, die städtische Aufträge erhalten, müssen eine bestimmte Garantiesumme hinterlegen, aus der etwaige Schäden abgestellt werden.

Zu der Frage der Rangordnung bei der Straßeninstandsetzung ist zu sagen, daß es dem Fachausschuß für Tiefbau obliegt, welche Straßen zuerst instandgesetzt werden. Grundsätzlich werden zunächst solche Straßen ausgebessert, die verkehrsmäßig am stärksten beansprucht werden.

Als Ergebnis der Aussprache wird festgestellt, daß sich die zuständigen Ausschüsse mit der Frage der angesprochenen "Qualitätsarbeit" befassen und prüfen sollen, wie sichergestellt werden kann, daß städtische Aufträge ordnungsmäßig ausgeführt werden.

#### 671 - Trümmerbeseitigung

Es wird über folgenden Antrag der Fraktion Nationale Rechte abgestimmt:

Die Polizei ist anzuhalten, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß bei Bauten und Reparaturarbeiten der anfallende Bauschutt usw. von den Unternehmer-Firmen sofort beseitigt und abgefahren wird.

Beschluß: Nach Antrag.

Danach wird über einen weiteren Antrag der Fraktion Nationale Rechte beraten:

Die vorgesehenen Mittel zur Aufräumung und Beseitigung von Trümmern sind in erster Linie und bevorzugt zur Säuberung der Straßen und Bürgersteige zu verwenden.

Zweck: Sicherung des Verkehrs gegen Unfälle.

Stadtrat W ü s t e n b e r g beantragt, den Antrag an den Fachausschuß für Tiefbau zu überweisen.

Stadtrat S c h a t z bittet, in die Trümmerräumung auch die Grundstücke einzubeziehen, die demnächst bebaut werden sollen.

Die Fraktion Nationale Rechte zieht aufgrund des folgenden Beschlusses ihren Antrag zurück.

Beschluß: Der Antrag wird an den Fachausschuß für Tiefbau verwiesen, der vom Ordnungsamt eine Aufstellung der Straßen, Plätze usw. erhalten soll, die aus Gründen der Verkehrssicherheit bevorzugt zu räumen sind. Der Fachausschuß für Tiefbau soll die Mittel entsprechend verwenden.

#### 673 - Kriegsschädenbeseitigung an gemeindlichen Verwaltungsgebäuden

Stadtrat Dr. H e l l führt aus, daß für die endgültige Fertigstellung des Seebades Düsternbrook im Rechnungsjahr 1950 90.000,-- DM benötigt werden. Im Haushaltsplan für 1950 sind

40.000,-- DM vorgesehen. Der Restbetrag von 50.000,-- DM könnte von den Mitteln abgezweigt werden, die für den Wiederaufbau der Schwimmhalle bereitgestellt sind. Der für die Schwimmhalle verbleibende Restbetrag von 150.000,-- DM reicht für die Winterfestmachung des Baues aus.

Beschluß: Die Haushaltsstelle 673/ 98 - 51 - (754) - Wiederaufbau der Schwimmhalle, 1. Bauabschnitt - wird von 200.000,-- DM auf 150.000,-- DM herabgesetzt.

Die Haushaltsstelle 673/98 - 52 - (7550) - Seebad Düsternbrook, 2. Bauabschnitt - wird von 40.000,-- DM auf 90.000,-- DM erhöht.

Außerdem werden folgende Haushaltsstellen geändert:

die Haushaltsstelle 673/98 - 4500 - (730) - Schlachthof, 4. Bauabschnitt - wird von 374.000,-- DM auf 366.000,-- DM herabgesetzt.

die Haushaltsstelle 673/98 - 46 - (732) - Seegrenzschlachthof, 4. Bauabschnitt - wird von 89.500,-- DM auf 69.500,-- DM herabgesetzt.

die Haushaltsstelle 673/98 - 47 - (733) - Kühl- und Gefrierhaus, 4. Bauabschnitt - wird von 32.500,-- DM auf 60.500,-- DM erhöht.

#### 675 - Kriegsschädenbeseitigung an Straßen, Wegen und Plätzen, Brücken und Wasserläufen

675/98/3 (710) - Wiederherstellung der Straßenbeleuchtung

Es liegt folgender Antrag der SPD-Fraktion vor:

Die SPD-Ratsherrenfraktion beantragt, den Titel 675/98 um 80.000,-- DM zu erhöhen.

Entsprechend diesem Betrage ist der Titel 671 zu kürzen.

Stadtrat K ö s t e r führt aus, daß die Gesamtzahl der Straßenleuchten auf 3.500 erhöht werden kann, wenn dem vorliegenden Antrag zugestimmt wird. Es wird dann möglich sein, auch die Seitenstraßen besser zu beleuchten.

Stadtrat S c h u b e r t begrüßt es, daß beabsichtigt ist, die Straßenbeleuchtung zu verbessern. Sprecher bemerkt, daß an manchen Stellen, z.B. Esmarchstraße und Moltkestraße, eine Anhäufung von Lampen zu verzeichnen ist, während an anderen Stellen, z.B. im Düsternbrooker Weg und in der Umgebung des ehemaligen Möwenhauses, Lampen fehlen.

Beschluß: Nach Antrag.

#### 714 - Stadtentwässerung

Stadtrat K ö s t e r fragt, wann die Straßenarbeiten am Schwedendamm so weit abgeschlossen sind, daß sich der Omnibusverkehr wieder reibungslos abwickeln kann.

Stadtrat W ü s t e n b e r g erklärt, daß durch die Sprengungen auf dem Ostufer an den Kanalisationsrohren Schäden entstanden sind, die die Arbeiten verzögert haben. Es kann damit gerechnet werden, daß die Arbeiten bis zum 20. April beendet sind.

7502 - Forsten

Es wird über folgenden Antrag der Fraktion Nationale Rechte abgestimmt:

Die Ausgaben sind um 10.000,-- DM zu senken.  
Pos. 634 ist um 10.000,-- DM zu senken, so daß annähernd der Zuschußbedarf des Vorjahres erreicht wird.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Wohnungswesen

Stadtrat S a r t o r i führt aus, daß sich die Wohnraumbewirtschaftung in Kiel erheblich verbessert hat. In der Bevölkerung bestehen jedoch aufgrund der vielen Zeitungsmeldungen über Wohnungsbauten falsche Vorstellungen über den verfügbaren Wohnraum. Das Ausmaß des Wohnungsbaues ist zwar erfreulich, aber die meisten Wohnungen sind zweckgebunden, bzw. durch Baukostenzuschüsse erstellt. Erfreulich ist, daß die KWBG. Wohnungen ohne Zuschüsse baut und sie dem Wohnungsamt zur Verfügung stellt. Dadurch wird es möglich, auch denen eine Wohnung zu geben, die sie am nötigsten haben und mittellos sind. Der KWBG. wird jedoch zu empfehlen sein, vorher zu prüfen, ob die ihr zugewiesenen Mieter die Miete zahlen können, weil ein großer Teil der Räumungsklagen darauf zurückzuführen ist, daß die Miete nicht bezahlt wurde. Die "Aktion der einsturzgefährdeten Häuser" ist noch nicht beendet. Trotz der starken Stürme im letzten Jahr ist in Kiel kein Haus eingestürzt, was auf die erfolgreiche Arbeit des Bauaufsichtsamtes und des Wohnungsamtes zurückzuführen sein dürfte.

In Kiel fehlen noch 21.000 Wohnungen. Es besteht die Gefahr, daß das Wohnungsbauprogramm aus ERP- und Flüchtlingsbaumitteln auf das Bundesbauprogramm angerechnet wird. Dann werden in Kiel in diesem Jahre nur 2.000 Wohnungen gebaut werden können; gegenüber 3.500 mit denen jetzt gerechnet wird. Bei der Verteilung von Wohnungen muß ein Ausgleich zwischen Flüchtlingen und Einheimischen gefunden werden.

Zur Frage <sup>der Aufhebung</sup> der Zuzugsgenehmigung ist Vortragender der Ansicht, daß sie nur bundesrechtlich geregelt werden kann. Wenn Kiel für sich die Zuzugsgenehmigung aufhebt, werden mehr Menschen nach Kiel ziehen, als untergebracht und in Arbeit vermittelt werden können.

Danach wird über folgenden Antrag von Stadtrat H a r t m a n n beraten:

Ich beantrage, die Stadtvertretung wolle beschließen, an die Landesregierung heranzutreten mit dem Ersuchen, daß sofort die Verordnung über Zuzugsregelung des Landesministers für Umsiedlung und Aufbau vom 4. November 1947 aufgehoben wird.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r verliest nachstehenden Abänderungsantrag von Stadtrat H a r t m a n n zu seinem vorliegenden Antrag:

Ich beantrage, die Stadtvertretung wolle beschließen, an die Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sich

in Bonn sofort dafür einzusetzen, daß alle Verordnungen, die den Zuzug regeln, aufgehoben werden bzw. daß angekündigte Erleichterungsverordnungen schnellstens verkündet werden.

Beschluß: Es ist an die Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sich in Bonn sofort dafür einzusetzen, daß alle Verordnungen, die den Zuzug regeln, aufgehoben werden bzw. daß angekündigte Erleichterungsverordnungen schnellstens verkündet werden.

### Wirtschaft und Verkehr

Stadtrat L ü t h j e führt aus, daß das Amt für Wirtschaftsförderung die Wirtschaft in Kiel fördern und unterstützen soll. Diese Aufgabe ist nur schwer zu lösen. Für den Aufbau einer neuen Industrie auf dem Ostufer sind rund 250.000 qm Gesamtnutzungsfläche nutzbar zu machen. Daher sind die Werbungskosten auf 50.000,-- DM erhöht worden.

Zum Haushaltsabschnitt "Verkehrswesen" ist zu sagen, daß erhebliche Mittel für Fremdenverkehrswerbung und Kieler Woche eingestellt worden sind.

Der Hafenumschlag ist gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen. Er liegt aber noch etwa 25 % über dem Durchschnittsumschlag der Jahre 1920 bis 1930. Die Frischwasserversorgung auf dem Hafen wurde bisher mit dem Wassertankschiff "Eider" aufrechterhalten. Der Betrieb mußte eingestellt werden, weil er nicht rentabel ist. Der Hafenbetrieb erfordert einen Zuschuß von rund 585.000,-- DM. Er wird wahrscheinlich auch künftig in dieser Höhe erforderlich werden, weil Hafenbetriebe immer einen Zuschuß erfordern.

Der Silobetrieb im Nordhafen hat sich günstig entwickelt. Es wurden größere Mengen ausländischen Getreides eingelagert. Es ist damit zu rechnen, daß der Betrieb einen Überschuß erzielen wird. Die Einnahmen aus dem Wägereibetrieb sind zurückgegangen. Für 1950 wird jedoch noch ein Überschuß erwartet.

### Städtische Betriebe

Stadtrat K ö s t e r führt aus, daß es sich als notwendig erwiesen hat, die Kriegsschäden des Schlachthofes beschleunigt zu beseitigen, weil die Zahl der Schlachtungen stark angestiegen ist. Es ist erforderlich, eine Schweineschlachthalle zu errichten. Für die notwendigsten Arbeiten waren 778.000,-- DM vorgesehen, die aber auf 520.000,-- DM herabgesetzt worden sind, weil in diesem Haushaltsjahr nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Rentabilität des Schlachthofes wesentlich verbessert. Damit der immer noch erforderliche Zuschuß gesenkt werden kann, ist es erforderlich, daß über die Frage der Gebührenerhöhung recht bald entschieden wird. Es wäre falsch, wenn Kiel allein die Gebühren erhöhen würde, weil dann wahrscheinlich ein großer Teil des Schlachtviehes von Kiel abgezogen würde. Mit Flens-

burg und Lübeck muß in dieser Angelegenheit Einigung erzielt werden.

Für die Straßenreinigung sind neuerdings Elektrokarren eingeführt worden, die sich bewährt haben. Es ist beabsichtigt, weitere Karren zu beschaffen.

Die Berufsfeuerwehr ist in 578 Einsätzen tätig gewesen. Besonders beachtlich ist die Tatsache, daß die Feuerwehrmänner der Stadt rund 72.000,-- DM erspart haben, indem sie in ihren Freistunden alle Arbeiten an den Feuerwachen und Fahrzeugen in eigener Werkstatt ausführen. Der Hauptausschuß für städtische Betriebe hat sich mit der Reorganisation der Feuerwehr befaßt und schlägt vor, im Rahmen der Stadtplanung für den Brandschutz eine Feuerwache auf dem Westufer (Lehmberg), eine auf dem Ostufer (Ernesti-nenstraße) sowie einen kleinen Stützpunkt nördlich des Kanals (Friedrichsort) zu schaffen. Dadurch wird eine günstige Konzentration der Fahrzeuge und Kräfte möglich sein.

Zur Stromversorgung ist zu sagen, daß das Kraftwerk Wik wieder auf seinen früheren Leistungsstand gebracht werden konnte. Die Arbeiten am Kraftwerk Ost werden fortgesetzt. Der Gasverbrauch ist angestiegen. Wenn er weiter steigt, ist es evtl. möglich, daß die Gaserzeugungskosten gesenkt werden können. Die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser ist sichergestellt. Die Wasseranlagen sind überholt und verbessert worden. Die Stadtwerke sind weiter ausgebaut worden. Trotz erhöhter Ausgaben wird auch an die Stadt ein erheblicher Betrag abgeführt werden. Die Stadt sollte aber darauf Rücksicht nehmen, daß die Werke größere eigene Ausgaben haben.

#### 005 - Städtische Kraftwagenstelle.

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Nationale Rechte vor:

Stadteigene Personenkraftwagen stehen einzeln abgestellt nur dem Oberbürgermeister und Bürgermeister zur Verfügung. Alle übrigen Wagen werden einsatzmäßig von der hierfür zuständigen Dienststelle gelenkt mit der Einschränkung, die Benutzung nur für unbedingt notwendige Dienstfahrten zu genehmigen.

Ratsherr S c h m i d t bittet, den Antrag an den nach der neuen Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung zu bildenden Magistrat zu verweisen.

Stadtrat H a r t m a n n erklärt, daß die Fraktion Nationale Rechte dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister, nicht aber den Dezernenten, einen eigenen Wagen zubilligt. Über den Antrag sollte heute entschieden werden.

In der weiteren Aussprache einigt man sich, den Antrag an den Magistrat zu verweisen.

Beschluß: Der Antrag wird an den nach der neuen Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung zu bildenden Magistrat verwiesen.

524 - Laboratorium

Stadtrat S c h u b e r t bemerkt, daß der Personalbestand des Laboratoriums s.Zt. erhöht worden ist, weil erklärt wurde, daß dadurch der Betrieb wirtschaftlicher arbeiten wird. Das ist aber nicht erfolgt, sondern der Überschuß ist geringer geworden.

Stadtrat K ö s t e r erklärt, daß der Überschuß vor allem dadurch gesunken ist, daß sich die persönlichen Zweckausgaben erhöht haben und Inventar- und Laboratoriumsgeräte beschafft werden sollen.

Stadtrat S c h u b e r t ist durch diese Auskunft nicht befriedigt.

730 - Schlachthof

732 - Seegrenzschlachthof

731 - Viehhof

733 - Kühl- und Gefrierhaus

Es wird über folgenden Antrag der Fraktion Nationale Rechte abgestimmt:

Die vier Anlagen Schlachthof, Viehhof, Seegrenzschlachthof und Kühl- und Gefrierhaus erfordern zusammen einen Zuschuß von über 180.000,-- DM. Es erscheint notwendig, eine größere Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen zu erzielen, um sie möglichst zuschußfrei zu machen.

Wir beantragen daher Einsetzung eines besonderen Untersuchungsausschusses zur Prüfung dieser Fragen.

Beschluß: Nach Antrag. Mit der Einschränkung, daß anstelle von "Untersuchungsausschusses" gesetzt wird "Ausschusses". Über die Zusammensetzung des Ausschusses sollen sich die Fraktionen einigen. Über das Ergebnis der Prüfung ist zu berichten.

81 - Stadtwerke

Beschluß: Die Stadtwerke sollen 1,5 Mill. DM an die Stadt abliefern. Da der Erfolgsplan der Stadtwerke nur eine Gewinnablieferung von 1.323.237,-- DM vorsieht, ist der Unterschiedsbetrag aus den Abschreibungen auf die Anlagesachwerte zu entnehmen.

9 Finanz- und Steuerverwaltung

921 - Wohn- und Ruinengrundstücke

921/904 - Verlegung des Obdachlosenasyls Preetzer Chaussee 119 nach der Rendsburger Landstraße

Der Ansatz wird in den außerordentlichen Haushalt übernommen.

95 - Beihilfen des Bundes und des Landes

95/175 - Bedarfszuschuß des Landes

Der Ansatz von 2.488,000,-- DM wird auf 2.317.000,-- DM herabgesetzt.

Danach wird über folgenden Antrag der Fraktion Nationale Rechte beraten:

Alle sachlichen Ausgaben, die der Durchführung der Verwaltungsarbeit dienen, sind auf den Stand des Etats des Vorjahres herabzusetzen, soweit sie in diesem Etat höher angesetzt sind.

Stadtrat S c h a t z führt aus, daß das Kämmereramt alle von den Dienststellen eingesetzten Haushaltsansätze für sachliche Ausgaben eingehend geprüft hat. Teilweise sind die Ansätze gesenkt worden. Sprecher schlägt vor, den Antrag abzulehnen, weil er sich durch die sachliche Vorprüfung des Kämmereramtes erübrige.

Beschluß: Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Außerordentlicher Haushalt

2 Schulwesen

Stadtrat Dr. H e l l ist der Ansicht, daß die neuartige Schulbauweise, die Flachdächer vorsieht, nicht vorteilhaft ist. Das Klima des Landes eignet sich nicht, um Unterricht im Freien abzuhalten. Fernerhin ist es zweifelhaft, ob diese Bauweise billiger ist. Es fragt sich, ob bei künftigen Schulneubauten diese Bauweise beibehalten werden sollte.

Stadtrat W ü s t e n b e r g weist anhand von Statistiken nach, daß Schulflachbauten rentabel sind. Im übrigen ist zu sagen, daß diese Bauweise über die Grenzen des Landes hinaus Anklang gefunden hat. Auswärtige Schulbaufachleute und Pädagogen sind nach Kiel gekommen, um sich die Goethe-Schule anzusehen.

8 Wirtschaftliche Unternehmen

V 81/120 - an den Finanzplan der Stadtwerke

Der Ansatz wird von 6.200.000,-- DM auf 6.300.000,-- DM erhöht.

Beschluß: Der Haushaltsplan 1950 und folgende Haushaltssatzung werden gegen 4 Stimmen genehmigt.

Folgende Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1950 wird genehmigt:

Aufgrund der §§ 83 ff. der Deutschen Gemeindeordnung in der Fassung der Verordnung Nr. 21 der Militärregierung vom 1. April 1946 wird folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1950 wird im ordentlichen Haushaltsplan

in den Einnahmen auf	72.512.501,-- DM
in den Ausgaben auf	72.512.501,-- DM

und im außerordentlichen Haushaltsplan

in den Einnahmen auf	20.627.030,-- DM
in den Ausgaben auf	20.627.030,-- DM

festgesetzt.

§ 2

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer:

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz 180 v.H.
- b) für die Grundstücke - außer im Stadtteil Elmschenhagen - Hebesatz 300 v.H.  
im Stadtteil Elmschenhagen Hebesatz 200 v.H.

2. Gewerbsteuer:

- a) nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital für gewerbsteuerpflichtige Betriebe Hebesatz 300 v.H.  
Für Zweigstellen im Sinne des Gewerbesteuergesetzes Hebesatz 360 v.H.
- b) nach der Lohnsumme für gewerbsteuerpflichtige Betriebe Hebesatz 1000 v.H.  
für Zweigstellen im Sinne des Gewerbesteuergesetzes Hebesatz 1200 v.H.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadthauptkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,-- DM festgesetzt. In diesem Höchstbetrag sind 700.000,-- DM Kassenkredite enthalten, die aufgrund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind.

§ 4

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltsplans bestimmt sind, wird auf



18.942.200,-- DM festgesetzt. Er soll nach dem Haushaltsplan für folgende Zwecke verwendet werden:

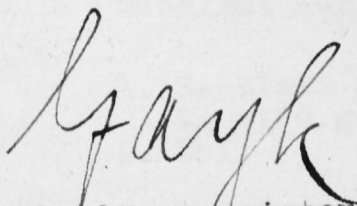
1. Wiederaufbau städtischer Gebäude und Einrichtungen	4.512.600,--	DM
2. Ausbau und Verbesserung von Straßen	1.342.400,--	"
3. Baumaßnahmen der Stadtentwässerung	547.200,--	"
4. Baumaßnahmen in den Wohnsiedlungen außerhalb des Stadtgebiets	680.000,--	"
5. Aufschließung ehemaliger Wehrmachts- und Rüstungsliegenschaften für wirtschaftliche Zwecke	1.400.000,--	"
6. Beschaffungen	120.000,--	"
7. Grunderwerb einschließlich Zubehör und Bestandteile	1.000.000,--	"
8. Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen	460.000,--	"
9. Vorfinanzierung des Wiederaufbaus des Kieler Hauptbahnhofs	125.000,--	"
10. Stadtwerke	6.300.000,--	"
11. Hafen- und Verkehrsbetriebe	2.455.000,--	"

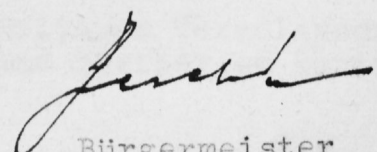
K i e l, den 29. März 1950

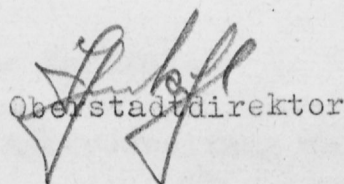
Im Auftrage des Rats der Gemeinde

Oberbürgermeister

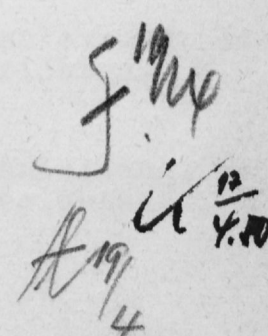
Bürgermeister

  
Oberbürgermeister

  
Bürgermeister

  
Oberstadtdirektor

hi 21.4.



Stadt Kiel  
Der Magistrat  
- Hauptamt -  
A 2 K/Schm.

Kiel, den 1. Mai 1950

1. Abschrift der Niederschrift über die außerordentliche Sitzung der Stadtvertretung vom 29. März 1950 (Haushaltsberatung) erhält das Kämmereiamt.

Auszüge aus der Niederschrift erhalten:

0010/50/51:

Personalamt zur Kenntnis.

0010/901:

Stadtplanungsamt zur Kenntnis.

0011:

Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

012:

- a) Hauptamt zur Kenntnis,
- b) Standesamt zur Kenntnis.

734:

1. a) Personalamt zur Kenntnis,  
b) Ordnungsamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
2. Wvl.

20:

1. Schulamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten.
2. Wvl.

21/971:

1. Personalamt z. K. u. w. Veranl.
- a) Schulamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung,
- b) Hochbauamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

27:

1. Schulamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung,
2. Wvl.

322:

Schulamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

330:

1. Schulamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten.
2. Wvl.

530:

1. Schulamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten.
2. Wvl.

403:

Personalamt zur Kenntnis.

4180:

Gemeinschaftslagerverwaltung zur Kenntnis.

44:

1. Jugendamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten.
2. Wvl.

56:

1. Jugendamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten.
2. Wvl.

7530:

1. Gesundheitsamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten.
2. Wvl.

660:

1. a) Tiefbauamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten,  
b) Stadtplanungsamt zur Kenntnis. Es wird gebeten, über die Frage der Qualitätsarbeit hierher abschließend zu berichten.
2. Wvl.

671:

- a) Ordnungsamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
- b) Tiefbauamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
- c) Hauptamt zur Kenntnis.

673:

Hochbauamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

675:

- a) Tiefbauamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
- b) Stadtwerke zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

714: - Wohnungswesen -

1. Wohnungsamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Es wird gebeten, abschließend hierher zu berichten.
2. Wvl.

005:

1. Straßenreinigungsanstalt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
2. Wvl.

730-731-732-733:

1. a) Schlachthofverwaltung zur Kenntnis und weiteren Veranlassung,  
b) CDU-Fraktion zur Kenntnis,  
c) SPD-Fraktion zur Kenntnis,  
d) NR-Fraktion zur Kenntnis,
2. Wvl.

81:

Stadtwerke zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

2. Z.d.A.

I.A.  
*[Handwritten signature]*

Sitzung der ~~Kämmerei~~  
Stadtvertretung:

vom: 29. 3. 18

Einen Auszug aus dem Beschluß der Sitzung

der ~~Kämmerei~~  
Stadtvertretung heute erhalten:

Dienststelle	Betr.:	Unterschrift - Datum
Personalamt	Punkte: 0010/50/17 - 734 - 403 -	[Signature]
Stadtplanungamt	Punkte: 0010/901 - 660 -	[Signature]
Büro des Stadtpfarrers	Punkte: 0011	Kirsch
Handwerksamt	Punkte: 012	[Signature]
Bauamt	Punkte: 734 - 671 -	Kitzje
Schulamt	Punkte: 20 - 21/971 - 27 - 322 - 330 - 530 -	[Signature]
Korbwarenamt	Punkte: 21/971 - 673	[Signature]
Bun. Leds. Verwaltung	Punkte: 4180 -	A. H. Fiedler 7.5.50
Bürgeramt	Punkte: 44 - 50 -	[Signature]

Grünbucheramt

Punkte:  
7530

Rom

Filberamt

Punkte:  
660-671-675-

Punkte

Nachweise

Punkte:  
675-81

Beprem

Wohnungsamt

Punkte:  
714-

Zahlst.

Stapeln in der Gaudall - Punkte:

005

Brennen

Schleuderpersonal

Punkte:  
730

Münch

CDU Fraktion

Punkte

AM 9/5

SPD Fraktion

730

Fahrer 9/5

Personenamt

Punkte:

20

an Punkte aus  
Gebäude